Rede des Genossen Enver Hoxha zum 35. Gründungstag der albanischen Volksarmee
Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 30, 28. Juli 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Bonn beschließt:

Neue Steuergeschenke für die Kapitalisten

Diese Woche in Bonn: Montag tagt der „Arbeitskreis Steuerschätzung", Dienstag: die Finanzminister von Bund und Ländern tagen. Mittwoch bis Freitag: das Regierungskabinett zieht sich zur Beratung der Steuerpläne und des Bundeshaushalts zurück. Die Hektik ist unübersehbar. Was allerdings bei den zahlreichen Beratungen und Tagungen herauskommt, ist jetzt schon abzusehen. Mehr Geld für die Reichen! Die Werktätigen sollen die Krise zahlen!

Auf dem „Weltwirtschaftsgipfel", der kürzlich in Bonn stattfand, haben die Regierungschefs der großen kapitalistischen und imperialistischen Staaten diese Marschroute festgelegt. Während sie erbittert um Marktanteile, um Exportchancen und Wachstumsraten feilschten, waren sie sich bei dieser „konzertierten Aktion für die Weltwirtschaft" einig, die Lasten dieser langandauernden, weltweiten Krise der kapitalistischen Wirtschaft auf die Werktätigen abzuwälzen. So versprach Schmidt als „deutschen Beitrag zur Stabilisierung der Weltwirtschaft" eine „Konjunktur-Spritze" bis zu 13 Milliarden aus dem Staatshaushalt, das heißt aus Steuergeldern.

Sehen wir uns einmal an, wozu diese 13 Milliarden verwendet werden sollen. Finanzminister Matthöfer plant, die 13 Milliarden auszugeben: 1. für eine verstärkte „Investitionsförderung" der Kapitalisten; 2. sollen die Betriebssteuern, vor allem die Gewerbesteuern, gesenkt werden; 3. ist, so hört man in Bonn, auch an eine „soziale Komponente" gedacht: an eine Reform der Lohn- und Einkommenssteuer. Ein schlecht verhülltes Manöver, um davon abzulenken, daß mit dieser „Konjunktur-Spritze" den Monopolen noch mehr Steuergelder in den Rachen geworfen werden sollen.

Daß die Senkung der Betriebssteuern, wie der Lohnsummensteuer und der Gewerbesteuer, allein den Kapitalisten nützt, das sagen viele, auch die DGB-Bonzen. Daß die staatliche Förderung „öffentlicher und privater Investitionen" ebenfalls nur den Profitinteressen des Monopolkapitals dient, daß sie in Wahrheit dabei hilft, Arbeitsplätze wegzurationalisieren, vertuschen sie jedoch. Regierung, Kapitalisten und ebenso die DGB-Bonzen behaupten unentwegt, daß staatliche Investitionsförderung neue Arbeitsplätze schaffen würde.

Nun ist es ja keineswegs so, daß den Unternehmern Geld fehlt, um zu investieren. Ihr Geldvermögen und ihr Wertpapierbesitz sind in dem Zeitraum von 1970 bis 1976 durchschnittlich um 150 Prozent pro Jahr gestiegen. Das Kapital ist also da. Allerdings wird ein Großteil dieses Geldes ins Ausland exportiert. Im Jahre 1977 wurden allein 9,2 Prozent aller deutschen Investitionen außerhalb der Grenzen angelegt. 1971 waren es noch 4,9 Prozent. Denn die Monopolkapitalisten kalkulieren: In den Billiglohnländern sind die Produktionskosten niedriger, also der Profit höher. Und für die deutschen Arbei-

Fortsetzung auf Seite 2

Keinen Kies für Kiesl!

Volkskorrespondenz aus München

„Münchner Bürger, Arbeiter, Angestellte, Studenten und Rentner haben sich am 18. 7. 1978 zu einer Bürgerinitiative für die Zurücknahme der Diätenerhöhungen zusammengeschlossen. Sie haben erkannt, daß gegen die ‚Solidarität aller Demokraten', wie sie unsere Volksvertreter besonders dann kennen, wenn es gilt, dem Bürger in die Tasche zu greifen, nur die Selbsthilfe Erfolg haben kann... Für den Fall, daß Stadtrat und Landtag auf der Diätenerhöhung beharren, wird sie die Bevölkerung zum Wahlboykott aufrufen. Dazu werden geeignete Protestaktionen unternommen werden." So steht es in einer Presseerklärung, die auf der Gründungsversammlung der Bürgerinitiative einstimmig beschlossen wurde. Worum geht es?

Juni '78. Die Münchner Stadtratswahl ist vorbei. Alle Wahlkampffeindschaft ist vergessen. Beschluß der ersten Vollversammlung nach der Wahl am 14. Juni 1978, zustandegekommen aufgrund des gemeinsamen Antrags der drei Rathausparteien CSU, SPD und FDP:

„Erhöhung der monatlichen Entschädigung (für ehrenamtliche Stadträte) von 1.100 DM auf 1.800 DM, der Entschädigung der Fraktionsvorsitzenden von 1.540 DM auf das Doppelte der normalen Entschädigung, nämlich auf 3.600 DM, der Verdienstausfallsentschädigung von 24 DM auf 40 DM je Sitzungsstunde." „Ferner soll (was eine Neuregelung bedeutet), dem stellvertretenden Vorsitzenden das Eineinhalbfache der normalen Entschädigung, nämlich 1.700 DM gewährt werden. Außerdem sollen weitergehend als bisher Sitzungen des bayrischen Städteverbands, des Deutschen Städtetags und auch bestimmte Dienstbesprechungen in entschädigungsfähige Sitzungszeiten einbezogen sowie eine Entschädigung für Wegzeiten gewährt werden." Außerdem genehmigten sich die Herren vom Marienplatz noch ca. zwei Millionen DM für „wissenschaftliche Berater" und Sekretärinnen und zwei Millionen für prunkvollere Rathaussäle.

Die Krone setzte dem Ganzen aber Oberbürgermeister Kiesl auf. Aufgrund eines Verfahrensrechtes, das für Katastrophenfälle gedacht ist, verordnete Kiesl die Einstellung einer „persönlichen Referentin für Repräsentationsaufgaben" (auf deutsch: eine Zofe) für seine Frau Edigna. Kiesl dazu: „Wir sind doch nicht in Hinterpfui-Deifi..." und: Er scheue sich nicht, die Stadt nach außen so zu repräsentieren, wie er dies für nötig halte. Angriffe gegen die Einstellung einer Zofe für seine Gemahlin tat er als „bösartig", „mißgünstig" und „unter der Gürtellinie" ab. Kiesl zynisch: „Meine Bürger wünschen, daß ihnen meine Frau zur diamantenen Hochzeit gratuliert."



In zweieinhalb Stunden fast 800 Unterschriften gegen die Diätenerhöhung

Fortsetzung auf Seite 2

Wußten Sie schon...?

...daß von April 1970 bis April 1978 im verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Bau) 1.492 Millionen Arbeitsplätze vernichtet wurden? Das ist die offizielle Angabe der Bundesanstalt für Arbeit. Hier einige Vergleichszahlen, wobei die entsprechende Zahl von 1978 aufgeführt ist:

Bergbau	308.598	234.540
Eisenschaffende Industrie	333.100	290.800
Chemische Industrie	591.400	562.100
Textilindustrie	504.400	317.600
Bekleidungsindustrie	382.600	252.000

Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes

Neue Angriffe gegen die Arbeitslosen



Arbeitslose im Arbeitsamt

Die Herren in Bonn haben wieder einmal über die Arbeitslosigkeit nachgedacht. Was dabei herausgekommen ist, präsentierte Minister Ehrenberg letzte Woche als Entwurf für eine Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes. Sein Machwerk trägt den bezeichnenden Titel: „Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsbereitschaft und gegen einen Mißbrauch der Arbeitslosenhilfe." So stellen diese Herren zynisch die nun schon seit Jahren anhaltende Massenarbeitslosigkeit als ein Problem mangelnder „Arbeitsbereitschaft" hin.

Und wie der Titel, so das ganze Programm. Kein Wort über wirksame Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, wie etwa eine Verkürzung der Arbeitszeit. Stattdessen ein Angriff nach dem anderen gegen die Erwerbslosen. So sollen etwa neue Zumutbarkeitsregeln festgelegt werden, die endgültig klarstellen, daß ein Arbeitsloser jede Arbeit annehmen muß, auch wenn sie „der bisherigen Tätigkeit oder Ausbildung nicht entspricht". Weiter soll beim Lohnsteuerjahresausgleich künftig auch das an sich steuerfreie Arbeitslosengeld angerechnet werden. Ehrenberg will auch das Personal der Arbeitsämter aufstocken. Aber nicht, um den Arbeitslosen besser bei der Suche nach einer zufriedenstellenden Arbeit zu helfen. Die Vermittler sollen künftig noch stärker als Spitzel eingesetzt werden, die mit dabei sind, wenn sich Arbeitssuchende im Betrieb vorstellen, und dann aufpassen, daß die Kollegen auch ja eine „zumutbare" Arbeit annehmen.

Diese Bonner Pläne sind ein neuer massiver Angriff auf die Rechte und die Lebenslage der Arbeitslosen. Sie müssen entschieden zurückgewiesen werden.

Carters Wirtschaftsboykott gegen Moskau

Carter hat wieder einmal zugeschlagen. Er untersagte den Verkauf von Computern des Konzerns Univac an die Moskauer Nachrichtenagentur TASS. Eine Maßnahme, die die Kritik an der Unterdrückung in der Sowjetunion unterstreichen soll — sagte man in Washington. Gleichzeitig verfügte Carter auch noch, daß alle Exporteure von Ausrüstungen zur Erdöl-Produktion in die Sowjetunion eine Lizenz der Regierung einholen müssen.

So fügt Carter in seiner Menschenrechts-Kampagne den heuchlerischen Worten auch noch den gezielten Wirtschaftsboykott hinzu. Aber es geht ihm nicht darum, die wirtschaftliche Macht der USA zur Unterstützung der unterdrückten Völker der Sowjetunion einzusetzen. Man braucht ja nur einmal nach Lateinamerika zu sehen: Die US-Monopole, die sich dort festgesetzt haben, profitieren gewaltig davon, daß ihre Arbeiter von faschistischen Regimen unterdrückt, des Streikrechts und anderer Rechte beraubt sind.

Worum es Washington bei dem Boykott, wie bei der Menschenrechtskampagne überhaupt geht, ist folgendes: die Kreml-Herren zu erpressen, unter Druck zu setzen, damit sie sich amerikanischen Forderungen gegenüber gefügiger zeigen. So ist auch diese Maßnahme nur ein Schachzug in der allseitigen Rivalität der beiden Supermächte. Sie zeigt gleichzeitig, daß alles Gerede von einer angeblichen Entspannung zwischen Moskau und Washington nur Lüge ist, daß in Wirklichkeit der Kampf zwischen den beiden Supermächten auf allen Gebieten immer schärfer wird.

Staat als Arbeitsplatz-Killer

„Vater Staat zieht die Personalbremse.“ Mit solch freundlichen Schlagzeilen bedachte die bürgerliche Presse Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes über den Personalabbau im öffentlichen Dienst. Am Stichtag, dem 30. Juni 1977, waren — so hieß es etwa in der „Süddeutschen Zeitung“ — im Vergleich zum Vorjahr „27.000 Staatsdiener weniger in Amt und Würden“. Ein Schlag also gegen den Amtsschimmel, ein Abbau des aufgeblähten Verwaltungsapparats?

Nichts von alledem. Man muß sich die Zahlen des Bundesamtes einmal etwas genauer ansehen. Dann stellt man nämlich fest, daß am Stichtag 13.000 Beamte (einschließlich Richter) **mehr** in „Amt und Würden“ waren. Wie sich das erklärt? Ganz einfach: Nicht das Bürokratenheer wurde abgebaut, sondern ausschließlich Arbeiter und kleine Angestellte wurden auf die Straße gesetzt. Allein bei der Bundesbahn 20.000. Insgesamt verloren im öffentlichen Dienst 3,4 Prozent der beschäftigten Arbeiter ihren Arbeitsplatz. So sieht es also aus, wenn „Vater Staat“ auf die Personalbremse tritt.

Und auf diese Art soll kräftig weiter getreten werden: Weitere 100.000 Arbeiter und kleine Angestellte stehen bei der Bahn auf der Abschußliste, 30.000 bei der Post usw. usf. Während die Verwaltung weiter aufgebläht wird, der Unterdrückungsapparat immer mehr verstärkt wird, werden im großen Maßstab die Arbeitsplätze der Werktätigen im öffentlichen Dienst vernichtet. Gegen diese Angriffe des kapitalistischen Staates muß ein entschiedener Widerstand organisiert werden.

Antifaschistische Posen

Alljährlich versammeln sich in der Gedenkstätte für die Männer des 20. Juli die Politiker der Bourgeoisie, um sich als angebliche „Antifaschisten“ herauszuputzen. Wie es um deren antifaschistische Gesinnung bestellt ist, zeigt schon die Tatsache, daß ausgerechnet der ehemalige Nazi-Richter Filbinger dort vor vier Wochen eine Festrede hielt. Und es war keineswegs so, daß damals die Tätigkeit Filbingers unbekannt war. Sein Urteil im Kriegsgefangenenlager wegen „Gesinnungsverfall“ war bereits damals veröffentlicht.

Eine ähnliche unverschämte Provokation gegen jeden Antifaschisten leisteten sich die Fest-Veranstalter in diesem Jahr. Der CDU-Abgeordnete Stauffenberg, Sohn des idealistischen Widerstandskämpfers aus den letzten Kriegsjahren, protestierte gegen Wehners Auftritt, „weil er Kommunist gewesen sei“. Nun weiß jeder, daß dieser Wehner ein übler Verräter am Kommunismus ist und ein Vorreiter des Verbotsantrages gegen unsere Partei ist. Was man mit diesem Angriff in Wahrheit versucht, ist, den revolutionären Widerstand der Kommunisten gegen den Hitler-Faschismus zu verleumden. Der Männer und Frauen, die zu Zigtausenden in den KZs ermordet wurden. Denn die kommunistische Partei war die einzige konsequente Kraft gegen die Nazi-Diktatur.

So hielt denn dieses Mal Westberlins Bürgermeister Stobbe die Rede. Jener Bürgermeister, der neben der Gedenkstätte in der heute noch bestehenden JVA Plötzensee das erste Sondergefängnis für politische Gefangene plant! In der Tat: ein „würdiges“ Denkmal des „antifaschistischen Geistes“ dieser Herren!

Neue Steuergeschenke für die Kapitalisten

Fortsetzung von Seite 1

ter bedeuten diese Auslandsinvestitionen: Verlust der Arbeitsplätze!

Und die Investitionen im Inland? Schaffen sie Arbeitsplätze? Ein Blick in die Statistik reicht, um das Gegenteil zu erkennen. So stiegen beispielsweise 1976 die Direktinvestitionen in der Bundesrepublik um 7 Prozent an. Die Zahl der Beschäftigten aber ging keineswegs ebenfalls um 7 Prozent nach oben, sondern sank um 2,5 Prozent. Denn der größte Teil der Investitionen wird dazu verwendet, die Betriebe zu rationalisieren.

Rationalisierung aber schafft keine neuen Arbeitsplätze, sondern vernichtet sie. Noch 1977 dienten 55 Prozent der von den Kapitalisten getätigten Investitionen zur Erweiterung der Produktion. Dieser Anteil ist 1976 auf ganze 24 Prozent gesunken. Eine Untersuchung des Ifo-Instituts hat ergeben, daß 75 Prozent der Unternehmer im Jahre 1977 investieren wollten, um zu rationalisieren, also um Arbeitsplätze zu vernichten, und keineswegs die Produktion zu erweitern.

Das Programm der Regierung zur Investitionsförderung hat also allein den Zweck, den Kapitalisten weitere Geldmittel in die Hand zu geben, damit sie noch skrupelloser ihre Betriebe durchrationalisieren können. Damit sie in dem gnadenlosen Konkurrenzkampf zwischen den internationalen Monopolgruppen bestehen können. Auf Kosten der Werktätigen. Auf Kosten ihrer Arbeitsplätze. Auf Kosten der Steuergelder, die zum überwiegenden Teil aus der arbeitenden Bevölkerung herausgepresst werden.

Im vorigen Jahr zahlten die Werktätigen bereits 90 Millionen an Lohnsteuern in die Staatskasse. Bei durchschnittlichen Lohntariferhöhungen werden es 1982 rund 160 Milliarden Mark Lohnsteuer sein. Dazu kommen ja noch die Verbrauchssteuern, die Mehrwertsteuer, die ebenfalls zum überwiegenden Teil die Werktätigen an der Ladenkasse zahlen.

Darum ist es nichts als ein übles und hinterhältiges Manöver, wenn die Regierung im Zusammenhang mit dem 13-Milliarden-Ausgaben-Paket nun von einer „Reform“ der Lohn- und Einkommenssteuer redet. Denn die Empörung der Werktätigen, die von jeder mehr verdienten Mark fast die Hälfte an Steuern und Sozialabgaben zahlen müssen, wächst.

Auch wenn Matthöfer in einem „Spiegel“-Interview zynisch abwinkte: „Ach wissen Sie — Steuerverdrossenheit. Beim Leipziger Arbeiteraufstand 1848 forderten die Arbeiter Maßnahmen gegen die ungerechten und zu komplizierten Steuern. Diese Steuerverdrossenheit ist uralt, seitdem die Menschen Steuern zahlen, das ist doch ganz normal.“ — So zeigen die Tricks der Regierung, das Steuersystem zu ändern, doch die Furcht, daß die Werktätigen es langsam satt haben, die unersättliche Staatskasse zu füllen, aus der die Kapitalisten sich ihre Taschen füllen.

So plant die Regierung ausgerechnet für das Wahljahr 1980 ein Senkung der Steuerprogression, die den radikalen Sprung des Steuersatzes von 22 Prozent (bis 16.000 DM im Jahr für Ledige) auf 30,8 Prozent (für höheren Lohn) abschwächen soll. Allerdings, so hat der Finanzminister gleich erklärt: „Steuersenkungen sind nur möglich im Rahmen eines Gesamtpakets, das mindestens einen Teil der Einnahmeausfälle deckt.“ und diese „Einnahmeausfälle“ wird die Regierung durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer hereinbekommen. Also nichts anderes als eine Umverteilung von direkten Lohnsteuern auf die indirekte Mehrwertsteuer. Zahlen werden aber auf jeden Fall die Werktätigen!

Das 13-Milliarden-Geschenk aus der Steuerkasse ist nichts anderes als eine weitere Kapitalspritze für diejenigen, die schon genug haben, die Kapitalisten. Für die Werktätigen hat diese Regierung nichts anderes zu bieten als ein betrügerisches Gerede von Steuerreform und -senkung, das sich, aus der Nähe besehen, als Änderung der Steuerart erweist — und nichts anderes. Da können auch solche Bonbons wie die Kindergelderhöhung, die eventuelll für 1979 vorgesehen ist, nichts daran ändern.

Deshalb sagen wir: Nein zu den Kapitalspritzen aus Steuergeldern! Nein zu der Steuerreform auf unserem Rücken! Sollen doch die Reichen, die Herren des Finanzkapitals, die Krise zahlen! Runter mit der Lohnsteuer!

Keinen Kies für Kiesl!





Mitglieder der Bürgerinitiative tragen eine Moritat gegen die Diätenerhöhung vor.

Eine Moritat gegen die Diätenerhöhungen wurde vorgetragen, und Mitglieder der Bürgerinitiative hatten sich als Stadträte mit Frack und Zylinder verkleidet. Sie baten die Vorübergehenden um eine milde Gabe oder um „Kies für den Kiesl“. Sie ernteten neben deutlichen Antworten („Einen Arschtritt kann er kriegen“) Zigarettenkippen und Pfirsichkerne! Die Aktion war ein voller Erfolg!

Die bürgerlichen Zeitungen, die Gewerkschaftsbonzen und der Stadtrat selbst versuchen inzwischen, die Diätenerhöhungen herunterzuspielen oder totzuschweigen. Die KPD/ML dagegen unterstützt den Kampf der Bürgerinitiative nach Kräften. Der „Rote Morgen“ wird weiter über die Aktivitäten der Bürgerinitiative berichten.

Fortsetzung von Seite 1

Was „seine“ Bürger wirklich wünschen, zeigte sich in der letzten Woche ziemlich deutlich. **Am Samstag, den 22. 7. startete die Bürgerinitiative für die Zurücknahme der Diätenerhöhungen ihre erste größere Aktion: Unterschriftensammlung in der Münchner Innenstadt.** Ein Mitglied der Bürgerinitiative berichtet: **„Innerhalb von nur zweieinhalb Stunden haben wir 788 Unterschriften gegen die Diätenerhöhung gesammelt und 3.500 Flugblätter verteilt.** Kaum hatten wir den Tisch mit dem Transparent aufgestellt, da drängten sich die Leute schon heran. Der Tisch war zu klein, und ein Polizeiorchester störte uns eine Stunde lang, sonst hätten wir wohl noch viel mehr gesammelt.“ „Die meisten Leute waren über die 64prozentige Diätenerhöhung der Stadträte verärgert und empört.“ Viele Frauen hatten einen besonderen Zorn über Frau Kiesls Forderung nach einer Zofe.

Kontaktadresse der Bürgerinitiative:

Othmar Jarmen
Pötschnerstr. 13
8000 München 19

Offen gesagt ...

Zynisch

Die Nachricht hat viele erschüttert. Am 18. Oktober 1977 wurden sie tot in den Zellen aufgefunden: Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe. Ein blutiges Massaker an politischen Gefangenen, die durch völlige Kontaktsperre den Staatsschutz-Behörden ausgeliefert waren. Noch immer ist der Tod nicht aufgeklärt. Mit allen Mitteln wurde das Märchen vom „Selbstmord“ verbreitet.

Und nun das: Fast ein Jahr nach dem blutigen Ende erklärt die „Europäische Menschenrechtskommission“, die Gefangenen der RAF wären keiner Isolationsfolter unterworfen gewesen. Eine ebenso zynische wie mörderische Rechtfertigung des jahrelangen Terrors gegen die politischen Gefangenen. Ein Freibrief für die weitere Verfolgung politischer Gefangener, den Bundesjustizminister Vogel sofort begeistert als „wichtigen Beitrag zur Entzerrung des Deutschlandbildes im Ausland“ pries!

So wird in diesem Bericht behauptet, es habe keine akustische Isolation gegeben. Aber wie war es denn, als nach der Blutnacht von Stammheim die Presse und das Fernsehen Bilder von den Zellen zeigten? Da konnte jeder sehen, daß sogar die Türen zum Gang mit dicken Gummipolstern verkleidet waren, die jeden Laut schluckten. Und die Beamten im Gefängnis, die von dem Massaker nichts gesehen und nichts gehört haben wollen, begründen es ja gerade mit dieser Schallisolierung, daß sie keine Schüsse gehört hätten.

Da wird in dem Kommissionsbericht behauptet, der Vorwurf der Häftlinge sei unbegründet, daß sie keine fairen Prozeß hatten, weil die öffentliche Meinung gegen sie mobilisiert worden wäre. Aber man kann sich noch sehr gut an die systematische Hetzkampagne in der „Bild“-Zeitung und anderen Schmierblättern erinnern. Und schließlich sah sich ja sogar das Gericht genötigt, den Vorsitzenden Prinzing abzulösen, unter anderem eben auch deswegen, weil er diese Hetzkampagne massiv unterstützt hat. Da wird sogar gebilligt, daß die Hauptverhandlung in Abwesenheit der Angeklagten geführt wurde. Obwohl dieses Recht auf Anwesenheit der Angeklagten im Prozeß zu den bürgerlich-demokratischen Grundrechten gehört!

Die Beschwerde an die „Europäische Menschenrechtskommission“ war seinerzeit von den Gefangenen der RAF gestellt worden, als sie noch lebten. Jetzt erst wird die Antwort zugestellt. Gedacht nicht für die Antragsteller, sondern als Propaganda für die Öffentlichkeit!

Aus dem Inhalt

Opel/Rüsselsheim nach der Betriebsratswahl: 50:1 gegen die Kollegen 4
Neunkirchen/Saar: 10.000 demonstrierten gegen Stillegungen 4
Wahlbetrug erneut erwiesen: Betriebsrat bei Daimler-Benz zurückgetreten 5
Kaufhaus Leffers/Wilhelmshaven: Kollegen kämpfen gegen Entlassung ihres revolutionären Betriebsrats 5
Koreanische Kumpel in Herten erkämpfen Wiedereinstellung ihres Sprechers 5
Wohnungssanierung in Westberlin: Kreuzberger Mieter wehren sich 6
„Jugendsekten“: Banden mit Heiligenschein 7
Hamburger Agitproptrupp „Rotes Sprachrohr“ in Albanien 8
USA: Protestmarsch der Indianer 10
KP Ceylons verurteilt „Theorie der drei Welten“ 11
Das albanische Volk durchbricht jede Blockade und Einkreisung ... 11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Auch in der DDR

Auch auf dem Lande regiert der Profit

Korrespondenz: Die Erntezeit rückt wieder heran. Ein Grund für die Bonzen, die Werktätigen in der Landwirtschaft zu höchsten Leistungen anzutreiben. Um die Mißernten der letzten beiden Jahre wettzumachen und die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und anderen Nahrungsmitteln zu sichern, sollen noch nie dagewesene Rekorde erwirtschaftet werden. Obwohl die Getreideerträge 1976 auf einen Tiefpunkt von 32,2 dt je Hektar angelangten und auch im letzten Jahr noch unter dem Durchschnitt des letzten Fünfjahrplanes lagen, sollen — wie jetzt auf der 8. ZK-Tagung der SED angekündigt wurde — noch vor 1980 45,2 dt Getreideeinheiten je Hektar erwirtschaftet werden, also sage und schreibe über 30 Prozent mehr als im letzten Jahr. Und auch für die Erzeugung von Fleisch und Gemüse hat Honecker für dieses Jahr eine noch höhere Temposteigerung gefordert als der Fünfjahrplan vorsieht, um überhaupt die „stabile Versorgung der Werktätigen" mit diesen wichtigen Grundnahrungsmitteln zu sichern.

Diese ungeheure Intensivierung geschieht natürlich wie immer unter den Phrasen einer angeblich „sozialistischen Landwirtschaft" in der DDR. Und die Mißernten der letzten Jahre werden — wie sollte es auch anders sein — stets auf das schlechte Wetter geschoben. Aber die Tatsachen sprechen anders: Auch auf dem Lande haben die Bonzen den Kapitalismus wieder voll wiederhergestellt.

Während die Leiter der VEG*, der KAPs** und LPG***-Vorsitzende durch hohe Gehälter, dicke Prämien und krumme Geschäfte immer reicher werden, werden die Mehrheit der Genossenschaftsbauern und Landarbeiter durch den Staat der neuen Kapitalisten immer stärker ausgebeutet. Die LPGs stehen heute faktisch unter dem Kommando des Staates der neuen Ausbeuter, der auf dem Rücken der werktätigen Bauern eine zügellose Profitwirtschaft betreibt.

Wir, die Werktätigen in der Landwirtschaft, müssen in der Kampagnenzeit oft über 90 Stunden in der Woche arbeiten. Für uns gibt es in dieser Zeit weder ein Wochenende noch gesetzliche Feiertage. Dabei müssen wir noch froh sein, wenn wir am Monatsende 800 bis 900 Mark in der Lohntüte finden. Wenn wir keine gute Arbeit zugeteilt bekommen, ist uns nicht einmal dieser — im Vergleich zur Arbeitszeit und Schufterei — Spottlohn sicher.

Täglich müssen sich die Bauern und Landarbeiter das Antreibergerede von der „Intensivierung" der landwirtschaftlichen Produktion anhören. Heute ist klar, daß mit diesen Worten nur das Profitstreben der neuen Kapitalisten verschleiert werden soll.

So müssen die Herren jetzt sogar eingestehen, daß auf ihr Kommando der Boden in den letzten 15 Jahren fast zu Tode gewirtschaftet wurde und daß heute 90 Prozent unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche eine negative Humusbilanz aufweist und der überwiegende Teil unserer Kartoffelanbaufläche mit Mematoden (Fadenwürmer) verseucht ist.

Gerade in den letzten Jahren hat der Honecker-Staat unter der Parole „Übergang zur industriemäßigen Produktion" die Ausbeutung und Antreiberei der werktätigen Bauern und Landarbeiter extrem verschärft. Was brachte denn der Übergang zur „industriemäßigen Produktion" für uns mit sich?! Einführung der Mehrschichtarbeit in großem Umfang auch in der Landwirtschaft. Und obendrein werden wir noch extra übers Ohr gehauen. Unsere Schichtarbeit sieht doch so aus, daß die Traktoristen, Mähdrescherfahrer und Handarbeitskräfte zwei Schichten durcharbeiten müssen, weil keine Leute da sind (und ist das ein Wunder, wenn man bedenkt, daß die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft seit 1970 um mehr als 120.000 — über 13 Prozent — zurückgegangen ist). Schichtzulagen bekommen wir aber nur einmal. Rechnet man sich den Stundensatz aus, ist auch der noch gekürzt. Wir werden also zusätzlich ausgebeutet, indem wir zu Überstunden gezwungen werden und für die Stunde noch weniger als sonst bezahlt bekommen.

Die Bonzen erzählen uns, daß die weitere Spezialisierung in der Landwirtschaft notwendig sei, daß spezialisierte Betriebe errichtet werden müssen, die dann miteinander kooperieren. Sie verschweigen, daß unter den kapitalistischen Verhältnissen, die bei uns herrschen, wo jeder Betriebsleiter nur seinen Vorteil, seinen Profit anstrebt, sich die Spezialisierung und Kooperation auf unserem Rücken vollzieht.

So hat der Staat beispielsweise angeordnet, daß die Reparatur und Instandsetzung der landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen aus den landwirtschaftlichen Betrieben ausgegliedert und anstelle dessen spezielle Kombinate für Landmaschineninstandsetzung (KfL) errichtet werden. Dabei haben die landwirtschaftlichen Betriebe für die KfLs die qualifizierten Arbeitskräfte zu stellen, obwohl in den LPGen und KAPs akuter Arbeitskräftemangel besteht. Wir sollen also jetzt mit noch weniger Arbeitskräften die ohnehin schon seit Jahren nicht erfüllten Planvorgaben erarbeiten — und dies bei gleichbleibend geringem Lohn!

Und welche Erfahrungen machen wir mit den KfLs? Diese werden, wie es in einem kapitalistischen System nicht anders sein kann, nicht nach der Devise „Schnell und billig für die Bauern die Maschinen reparieren" geleitet, sondern nach dem kapitalistischen Motto „Laßt die Bauern ruhig schmoren, Hauptsache, der Rubel rollt". Oft müssen die LPGen die Leiter der KfLs bestechen, damit wenigstens die dringendsten Reparaturen erledigt werden. Mancherorts haben die LPGen regelrecht Fonds für Bestechungsgelder — natürlich getarnt — angelegt.

Seit der Gründung der Instandsetzungsbetriebe liegt die gesamte Ersatzteilbeschaffung und Reparatur der landwirtschaftlichen Maschinen total am Boden. Wir Bauern und Landarbeiter sind wieder einmal die Leidtragenden der Profitwirtschaft. Wir müssen mit defekten und unvollständigen Maschinen fahren, die gleiche Leistung bringen und riskieren dadurch gezwungenermaßen oft Kopf und Kragen.

Welches Mitspracherecht haben wir Bauern und Landarbeiter bei allen diesen von oben verordneten Maßnahmen? Faktisch keine. Man hat uns von Jahr zu Jahr mehr entmündigt. Wer entscheidet denn heute über unseren Jahresplan? Wir doch nicht! Wir müssen nur zusehen, daß wir die jährlich steigenden staatlichen Forderungen erfüllen, sonst streicht man uns die Prämie oder kürzt uns die Jahresrestauszahlung.

Von den neuen Herren und ihrem Staat haben wir, die Werktätigen in der Landwirtschaft, auch in Zukunft nur wachsende Ausbeutung und Antreiberei zu erwarten. Nur der Sturz der Bonzen, die Beseitigung des von ihnen wiedereingeführten Profitsystems und die Errichtung eines wirklichen Arbeiter- und Bauernstaates werden den werktätigen Bauern und Landarbeitern ein freies Leben in Wohlstand sichern.

Anmerkungen: *) Volkseigenes Gut; **) Kooperative Abteilung Pflanzenproduktion; ***) Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft.

Auf dieser Seite



Lesen und weitergeben!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Ausgabe der Sektion DDR

Auch auf dem Lande regiert der Profit

Die Sektionsleitung DDR der KPD/ML ruft auf:

Verbreitet den „Roten Morgen", die Stimme der Arbeiterklasse

Vopo-Terror gegen Erfurter Jugend

Artikel aus dem neuesten „Roten Morgen", Ausgabe DDR

Rationalisierungsterror in der DDR:

Für 33 % mehr Leistung nur 13 % mehr Lohn

Rationalisierungsterror und Arbeitshetze in der DDR haben viele Namen. Einer von ihnen ist „leistungsförderndes Lohnsystem". Was sich dahinter verbirgt, schildert am Beispiel des Rostocker Betriebsteils des Kombinats Kühlautomat eine Arbeiterkorrespondenz in der neuesten Ausgabe des „Roten Morgen" in der DDR.

Wie überall, so wird auch in diesem Betrieb die Ausbeutung und Arbeitshetze immer mehr verstärkt. Vor einiger Zeit sollte das sogenannte „leistungsfördernde Lohnsystem" (LFL) eingeführt werden, das mit einer einschneidenden Normerhöhung verbunden war. Was der Arbeiter früher in acht Stunden geschafft hatte, sollte er nach der Umstellung in sechs Stunden schaffen. Dafür wurden von der Betriebsleitung „großzügig" ganze 100 Mark mehr angeboten. Ein Facharbeiter des Betriebs verdient durchschnittlich 750 Mark. Das wäre dann eine Lohnsteigerung von nur 13 Prozent bei einer Leistungssteigerung von 33 Prozent. Anders ausgedrückt: Für die hundertprozentige Erfüllung der alten Norm bekommt der Arbeiter nach der Umstellung — bei Einbeziehung des Lohnzuschlags — nur noch ca. 640 Mark gegenüber 750 Mark früher. Glatter Lohnraub!

Die Kollegen reagierten auf den geplanten Lohnabbau natürlich sauer, worauf die Chefs drohten: Wenn die Belegschaft das LFL jetzt nicht annehme, würden die Normen ein Jahr später ohne Lohnzuschlag hochgeschraubt werden. Um die Verschärfung der Ausbeutung etwas zu verschleiern, wurde für jede Abteilung eine Kommission gebildet, in die zur Wahrung des Scheins und zwecks Spaltung der Belegschaft auch einige Arbeiter delegiert wurden. Die Kommissionen sollten die Einführung des LFL für jeden Arbeitsplatz konkret austüfteln. Zum Dank für die Durchsetzung der höheren Normen bekamen die Kommissionsmitglieder Prämien. Ein Bereichsleiter hatte obendrein die Frechheit, sich als Mitglied aller sieben Kommissionen seines Bereichs einzutragen, obwohl er nur in einer „aktiv" war. Der Herr kassierte die siebenfache Prämie.

Die Einführung des LFL ist nur ein Mittel, um aus den Kollegen immer mehr Profit zu pressen. Über Monatsprämien werden sie dazu angetrieben, jeden Monat viele Überstunden zu leisten. Die Chefs drohen mit Entzug der Monatprämie, wenn sich ein Kollege weigert, von der knappen Freizeit noch etwas herzugeben.

Um die Arbeiter stärker anzutreiben, greifen die Bonzen immer offener zu kapitalistischen Methoden. Vor zwei Jahren wurden auch im VEB Kühlautomat Stempeluhren installiert. Allerdings funktionierten sie nicht lange. Nach einer Woche wurden sie von empörten Kollegen mit Bitumen vollgegossen. Klar, daß die Intensivierung auf den Haß und Widerstand der Kollegen stößt. Denn jeder merkt doch, daß von der Mehrarbeit der Werktätigen nur die Bonzen fett werden, während für uns höchstens einige Krümel abfallen. Wer heute in den Betrieben der DDR herrscht, das sind nicht die Arbeiter, sondern eine kleine Zahl von Leitern und Direktoren, die sich legal und ungesetzlich Privilegien und hohe Ausbeutereinkommen verschaffen. So setzen sie Betriebsmaterialien und die Arbeitskraft ihrer Untergebenen für ihre Privatzwecke ein. Ein Abteilungsleiter des genannten Betriebes z. B. forderte für seine Abteilung einen speziellen Nirosta-Stahl an, obwohl dieser für die Produktion gar nicht benötigt wurde. Dieser Schmarotzer brauchte ihn aber für seine Yacht. Obendrein ließ er ihn von einem seiner Arbeiter innerhalb der Arbeitszeit zu Aufbauten verarbeiten und montieren. Zum Garagenbau besorgte er für „gute Bekannte" betriebseigene Bagger, Kipper usw. Für die Werktätigen — etwa für saubere Arbeitsplätze, Gesundheitsfürsorge im Betrieb usw. — ist kein Geld da.

Wie sieht es denn mit der sogenannten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik", mit all den großartigen Versprechungen von „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen" in der Praxis aus? Auch davon wissen die Kollegen von Kühlautomat ein Liedchen zu singen. Auf diesem Gebiet tat sich im Betrieb in den letzten Jahren fast nichts. Nach wie vor sind die Produktionshallen schlecht eingerichtet, herrscht fürchterlicher Lärm und Dreck. Wenn man im Winter an Bord montiert, ist es schneidend kalt und windig. Aber Heißlüfter werden nicht zur Verfügung gestellt. Der Arbeitsplatz ist oft schlecht beleuchtet, nach Lampen muß der Arbeiter selbst rennen.

Ähnlich sieht es bei den Gesundheitseinrichtungen aus. Als in der Betriebspoliklinik vor einiger Zeit das Bestellsystem eingeführt wurde, hatte man mächtig Reklame gemacht, es gäbe ab jetzt kaum noch Wartezeiten. In Wirklichkeit wartet der Patient nicht mehr im Wartezimmer, sondern irgendwo draußen. Zeit gewinnt er meist nicht.

Kurz, es ist auch bei Kühlautomat so, daß die neuen Herren von dem Profit, den sie uns abgepreßt haben, keinen Pfennig freiwillig wieder rausrücken, daß wir uns alles selbst erkämpfen müssen.

Was man in der DDR zum „Roten Morgen" meint

Seit längerer Zeit wird der „Rote Morgen", Ausgabe DDR, nun bereits unter den Werktätigen der DDR verbreitet. Welche Resonanz er bei ihnen findet, schildern zwei Leserbriefe an die Redaktion.

Ich bin auch der Auffassung...

...Ich habe mit großem Interesse die einzelnen Artikel gelesen. Besonders treffend finde ich den Artikel über die „Intershops" und den Artikel über das Gesundheitswesen. In meinem Kollegen- und Bekanntenkreis haben wir schon öfters über diese Probleme diskutiert und empfinden es als eine große Schweinerei, daß man für Westwährung alles bekommt und der einfache Arbeiter, der nicht im Besitz von Devisen ist, in den Mond guckt. So deutlich wie im „Roten Morgen" werden diese Probleme hier bei uns nur hinter vorgehaltener Hand diskutiert, denn in unseren Zeitungen liest man darüber kein Wort. Besonders beeindruckt hat mich am „Roten Morgen", daß diese Zeitung die wirklichen Interessen der „kleinen Leute" vertritt. Ich bin auch der Auffassung, daß der Sozialismus in der DDR nur ein Sozialismus für die Bonzen ist, die sich auf Kosten der Arbeiter ein luxuriöses Leben gestalten...

RM-Leser aus Leipzig

Ein Schüler in Handschellen abgeführt

...Mit besonderem Interesse habe ich den Bericht über die Ereignisse am 7. Oktober 1977 auf dem Alex und die in diesem Zusammenhang gegebene Einschätzung der Stellung unserer Jugendlichen in und zu unserem Staat gelesen.

Als ich vor einiger Zeit im Stadtbezirksgericht ... war, wurde ein ehemaliger Schüler von mir in Handschellen durch den Gang geführt. Können Sie sich die Emotionen eines Lehrers in dieser Situation vorstellen? Inzwischen konnte ich erfahren, daß der Schüler am 7. Oktober 1977 festgenommen wurde. Als ich genauer wissen wollte, was sich dort auf dem Alex abgespielt hatte, biß ich auf Granit.

In Ihrem Artikel bezeichnen Sie die DDR als jugendfeindlich. Ich muß sagen, so krass habe ich die Situation bisher nicht gesehen...

RM-Leser aus Berlin

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Entlassungen bei Zinser/Textilmaschinen

100 Beschäftigte der gegenwärtig noch 1.200 Arbeiter und Angestellten der Zinser Textilmaschinen GmbH in Göppingen sollen in den nächsten Monaten entlassen werden. Wie dem „Handelsblatt" zu entnehmen ist, erklärte die Firma ausdrücklich, „der Grund für die Entlassungen liege nicht in der Ertragslage" und trotz weltweiter Krise „habe das Familienunternehmen seinen Marktanteil in den letzten Jahren weltweit steigern können". Auf deutsch: 100 Arbeiter und Angestellte fliegen auf die Straße, damit die Zinser-Bosse noch mehr Profit machen können! Aus dem gleichen Grund kam es bei Zinser in den vergangenen Jahren bereits zweimal zu Entlassungen.

Kurzstreik gegen Rationalisierungsmaßnahmen

Mit einem Kurzstreik protestierten die Müllmänner in Duisburg gegen die Rationalisierungsmaßnahmen der Stadt auf ihrem Rücken. Obwohl per Betriebsvereinbarung festgesetzt ist, daß pro Müllwagen sechs Arbeiter eingesetzt werden sollen, müssen bereits seit Monaten fünf Mann die Arbeit von sechs machen. Als jetzt durch die Urlaubszeit noch weniger Leute pro Müllwagen zur Verfügung standen, platzte den Müllmännern der Kragen, und sie traten in einen Kurzstreik. Sie nahmen die Arbeit erst wieder auf, als ihnen von der Stadt eine Übergangslösung zugesagt wurde.

Siemens im Rüstungsgeschäft

Mit einem „gelungenen Coup" — dem Aufkauf der Aktienanteile der amerikanischen Flugzeug-Firma Boeing — sicherte sich der Siemens-Konzern jetzt die entscheidende Aktienmehrheit im Luftfahrt- und Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow-Blohn (MBB). Damit wollen die Siemens-Kapitalisten groß ins Rüstungsgeschäft einsteigen. Denn MBB ist einer der „führenden" Hersteller von Raketenwaffen. Auch das Kampfflugzeug „Tornado" gehört zum MBB-Programm. Alle diese Waffen sind mit hochmoderner Elektronik ausgerüstet, aus deren Herstellung die Siemens-Kapitalisten Superprofite ziehen wollen. 30 Prozent des Lieferwerts eines der superteuren Flugzeuge entfällt allein auf die Elektronik. Und die Bundeswehr hat die Absicht, 322 „Tornados" zu kaufen.

Streik bei Dunlop

Freitag morgen im Hanauer Dunlop-Werk: Nach der Frühstückspause weigern sich ca. 70 — meist türkische — Kollegen, wieder an die Arbeit zu gehen. Der Grund: Um 25 Prozent ist die Bandgeschwindigkeit in ihrer Abteilung erhöht worden. Schon mehrere Male hatten die Kollegen dagegen protestiert und gefordert: Entweder die Geschwindigkeit wird wieder gedrosselt oder wir bekommen entsprechend mehr Lohn. Aber die Dunlop-Kapitalisten hatten sich einen Dreck um diese gerechte Forderung geschert. Deshalb traten jetzt die Kollegen geschlossen in den Streik. Sie ließen sich dabei weder von den Entlassungsdrohungen der Geschäftsleitung einschüchtern noch dadurch, daß am Freitag gleich ein Streifenwagen der Polizei vor dem Betrieb auftauchte. Ein Ausdruck der großen Kampfbereitschaft der Kollegen ist die Tatsache, daß sie auch am Montag ihren Streik fortsetzten.

SEL Rastatt: Schließung endgültig

Wie vor einigen Tagen mitgeteilt wurde, ist jetzt die Stillegung des Rastatter Werkes des Elektro-Konzerns SEL endgültig festgelegt worden. Am 30. September wird das Werk seine Tore schließen. 900 Kollegen werden dadurch ihren Arbeitsplatz verlieren.

Klagen gegen Aussperrung: Von den Arbeitsgerichten abgeschmettert

In 20 Fällen von Klagen gegen die Aussperrung während des Metallerstreiks in Nordwürttemberg/Nordbaden ist jetzt das Urteil in erster Instanz ergangen. Alle 20 Klagen wurden von den Arbeitsgerichten abgeschmettert.

Deutsche Texaco: Weitere Massenentlassungen

Der amerikanische Öl-Multi Texaco will in den nächsten drei Jahren weitere 1.000 Arbeitsplätze in seinen westdeutschen Werken abbauen. Das wurde Anfang dieser Woche bekannt. 400 Arbeitsplätze sollen noch in diesem Jahr vernichtet werden. Betroffen sein werden in erster Linie Angestellte des Konzerns. Schon in den Jahren 1974 bis 1977 waren bei der Deutschen Texaco 1.000 Arbeitsplätze abgebaut worden.

Mafia-Methoden gerichtlich abgesichert

Jeder, der gekündigt hat oder dem gekündigt worden ist, kennt die Prozedur: Am Ende der Formalitäten wird einem eine „Ausgleichsquittung" vorgelegt, auf der man durch Unterschrift bescheinigen muß, daß man keinerlei Ansprüche mehr an die Firma hat. Wie heimtückisch einem diese Unterschrift ausgelegt werden kann, mußte jetzt ein Kollege erfahren, dem 1974 gekündigt worden war und der mit einer Kündigungsschutzklage dagegen vorgegangen war. Eine Woche nach der Güteverhandlung vor dem Arbeitsgericht unterzeichnete er bei der Firma eine Ausgleichsquittung im guten Glauben, damit lediglich auf weitere Ansprüche aus seinem Arbeitsverhältnis verzichtet zu haben. In geschickten Formulierungen hatte man aber einen Verzicht auf Einwendungen gegen die Kündigung im Text untergebracht. Der getäuschte Kollege tat das, was jeder machen würde: Empört ging er vors Gericht und klagte wegen arglistiger Täuschung. Jetzt liegt das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vor: Die Klage wird abgewiesen. Darin wird den Unternehmern ausdrücklich das Recht zugestanden, mit einer Ausgleichsquittung sich die Zustimmung zu einer Kündigung erschleichen zu können. Darin zeigt sich der kapitalistische Klassencharakter der Justiz!

625 IGM-Aufsichtsräte

Voller Stolz verkündete Georg Benz, Mitglied des IGM-Vorstandes, jetzt das vorläufige Ergebnis der Aufsichtsratswahlen in der Metallindustrie. 625 Aufsichtsratsposten konnten die IGM-Bonzen auf der „Arbeitnehmerbank" dort für sich ergattern.

Kein Wunder, daß die IGM-Bonzen zufrieden sind. Zahlt sich doch für sie dieses „stolze Ergebnis" in klingender Münze aus. Vor allem natürlich für die obersten Bonzen, die in den Aufsichtsräten und Vorständen der Riesenkonzerne sitzen. IGM-Chef Loderer etwa kassiert aus seinen fünf Aufsichtsratsposten ein Gehalt von 37.000 DM (Mannesmann AG) plus 24.000 DM (Mannesmann-Röhrenwerke), plus 18.000 DM (VW), plus 9.000 DM (Bank für Gemeinwirtschaft und Neue Heimat).

Um welche Summen es sich insgesamt bei diesen Gehältern handelt, kann man daran sehen, daß bereits 1975 (also vor der Ausweitung der Mitbestimmung auf alle Betriebe mit über 2.000 Beschäftigten) allein die sogenannte „Mitbestimmungsspende" der DGB-Aufsichtsräte und Arbeitsdirektoren drei Millionen Mark betrug. Und diese „Mitbestimmungsspende", die die DGB-Aufsichtsräte an den „Mitbestimmungsfonds" des DGB leisten, beträgt 10 bis 15 Prozent ihrer Bezüge bzw. Tantiemen!

Opel/Rüsselsheim nach der Betriebsratswahl

50:1 gegen die Interessen der Kollegen

„Es ist bedauerlich, daß sich die Belegschaft hinreißen läßt, solche Kerle zu wählen." So schimpfte IGM-Bonze Späth von Opel/Rüsselsheim nach der diesjährigen Betriebsratswahl am 5. 2. in der „Main-Spitze". Die „Kerle", über die er sich so aufregte, waren die Kandidaten der Liste „Arbeiteropposition", von denen einer, der Kollege Heinz Aufschläger, in den Betriebsrat gewählt worden war. Das „Bedauern" des IGM-Bonzen ist verständlich. Denn in wenigen Wochen Betriebsratstätigkeit zeigte sich bereits in aller Deutlichkeit, wer wirklich für die Interessen der Kollegen eintritt und wer nur verlogene Sprüche klopft.

Fall Nr. 1: Sonderschichten

Die Liste „Arbeiteropposition" hatte in ihrem Programm zur Betriebsratswahl die Forderung „Weg mit den Sonderschichten" aufgestellt. Auch die IGM-Betriebsräte betonten, daß sie gegen Sonderschichten seien. Das war vor der Betriebsratswahl.

Zwei Wochen (!) nach der Wahl stimmte der Betriebsrat mit 50 Stimmen acht Sonderschichten zu. Einzige Gegenstimme: Betriebsrat Aufschläger von der Liste „Arbeiteropposition" (hinzufügen muß man noch, daß die Opel-Kapitalisten gar keine acht, sondern nur sechs Sonderschichten beantragt hatten). Übrigens stimmte der Betriebsrat nicht zu, ohne sich vorher mit der Belegschaft zu „beraten". Und das sah folgendermaßen aus: Am Mittwochnachmittag gab Betriebsratsvorsitzender Heller das Ergebnis seiner Verhandlungen mit den Opel-Bossen bekannt. Am Donnerstag war Feiertag. Am Freitag morgen stimmte dann der Betriebsrat zu! Ein Antrag auf Verschiebung der Abstimmung wurde abgelehnt, weil ja sonst die erste Sonderschicht „nicht mehr gefahren werden könne" — so Betriebsratsvorsitzender Heller.

Fall Nr. 2: Hitzepause

Schon lange fordert die Opel-Belegschaft eine Verbesserung der Hitzepausen-Regelung. Und zwar wollen die Kollegen, daß die Pause abhängig von der Temperatur in der Halle gegeben wird oder für die gesamte Sommerperiode vom 15. Mai bis 15. September. Und was beschloß der Betriebsrat? Wenn das Wetteramt Offenbach an einem Tag eine Temperatur über 30 Grad mißt, bekommen die Kollegen eine Hitzepause. Begründung für den Beschluß: „Mehr will die Geschäftsleitung nun mal nicht zugestehen." Auch gegen diesen Beschluß gab es nur eine Gegenstimme: die des Betriebsrats Aufschläger von der Liste „Arbeiteropposition".

Über diese beiden Beschlüsse des Betriebsrats waren viele Opel-Kollegen empört. Und siehe da, nicht nur die „Zündkerze", die Betriebszeitung der KPD/ML, prangerte diesen Verrat des Betriebsrats an, sondern auch der „Motor", die Betriebszeitung der DKP. Heftig wurde dort sowohl die Zustimmung zu den Sonderschichten kritisiert als auch der „schlechte Kompromiß" bei der Hitzepausenregelung. Etwas „vergaß" man allerdings in der Zeitung zu erwähnen: Alle drei DKP-Mitglieder im Betriebsrat hatten sowohl für die Zustimmung zu den Sonderschichten als auch für den „schlechten Kompromiß" bei der Hitzepausen-Regelung ihre Hand gehoben!

Wahlbetrug erneut erwiesen:

Betriebsrat bei Daimler-Benz zurückgetreten

Erneut wurden schwerwiegende Tatsachen ans Licht gebracht, die beweisen, daß bei der Betriebsratswahl bei Daimler-Benz in Stuttgart-Untertürkheim Ende April mit Wahlbetrug gearbeitet worden ist. Der Betriebsrat, in dem die IG Metall die Mehrheit hat, sah sich daraufhin gezwungen zurückzutreten.

Schon unmittelbar nach der Wahl hatten Hoss und Mühleisen, die Vertreter einer oppositionellen Liste, die Wahl angefochten, weil bei der Auszählung ganze Packen regelmäßig geschichteter Stimmzettel aufgefallen waren. Alle diese Stimmzettel wiesen in gleicher Weise mit rotem Filzstift gemalte Kreuze für die IG Metall auf. Der Wahlbetrug war so offensichtlich, daß der Staatsanwalt sich veranlaßt sah, die Sache zu untersuchen. Aber er konnte keine Wahlmanipulation feststellen! Auch, daß 12.064 Stimmen ausgezählt waren, obwohl nur 11.877 Stimmen abgegeben wurden, störte ihn offensichtlich nicht. Nur weil die Wahlurnen nicht ordnungsgemäß verschlossen gewesen waren, erklärte er letztlich die Wahl für ungültig und gab die Wahlurnen zur Aufbewahrung an den Betriebsrat zurück. Vor Freude über diese unverhohlene Unterstützung seitens der Staatsanwaltschaft wurde die IGM-Betriebsratsclique nun frech und focht die Entscheidung gerichtlich an.

Sie hatten nicht mit der Hartnäckigkeit der oppositionellen Betriebsräte gerechnet. Diese erzwangen nämlich jetzt auf gerichtlichem Wege eine Einsicht in die Wahlunterlagen. Unter Aufsicht eines IG-Metall-Rechtsanwalts wurden die Wahlurnen noch einmal geöffnet. Und siehe da: Etwa 1.500 Wahlscheine fielen dadurch auf, daß ihre Farbe sich von der der übrigen unterschied. Als man sie untersuchte, stellte man fest, daß alle diese 1.500 Stimmzettel in gleicher Weise, diesmal aber mit schwarzem Filzstift, angekreuzt waren — wieder für die IG Metall!

Die Daimler-Geschäftsleitung, die vor Gericht ihre IG-Metall-Betriebsräte so gelobt und in Schutz genommen hatte, brachte jetzt, peinlich getroffen, keine Stellungnahme heraus. Aber wer glaubt, daß die Wahlfälschung zugunsten der IG Metall jetzt so offensichtlich ist, daß die IGM-Bonzen lieber den Mund halten, hat sich getäuscht. Im Gegenteil. Raffiniert versuchen sie den Spieß umzudrehen: In unerhört frecher Weise erklärte der Bevollmächtigte der IG Metall in Stuttgart, Fritz Berg: „Diejenigen, die hier manipuliert haben, haben es mit der IG Metall nicht gut gemeint." Unglaublich, aber wahr: Jetzt bauen sie den „großen Unbekannten" auf, der die Wahl gefälscht haben soll und leider nicht zu ermitteln ist und stellen auch noch Strafanzeige gegen Unbekannt!

Mit dieser Meinungsmache, daß der IGM-Apparat nichts mit dem Wahlbetrug zu tun habe, wollen sie Kapital für die Wiederholung der Betriebsratswahl im September schlagen. Aber sie können nicht verhindern, daß die Wahrheit zutage tritt. Jeder muß sich doch fragen: Wenn bei Daimler die Wahlfälschung aufgedeckt wurde, weil sie derart plump durchgeführt worden war, in wievielen Fällen der diesjährigen Betriebsratswahlen noch ist mit Betrug gearbeitet worden, was nur nicht aufgedeckt wurde, weil er raffinierter eingefädelt wurde?

Neunkirchen/Saar

10.000 demonstrierten gegen Stillegungen



„Neunkirchen muß leben" — unter dieser Losung demonstrierten 10.000 Kollegen gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze

Gegen die „Neukonzeption der saarländischen Stahlindustrie" demonstrierten vergangene Woche rund 10.000 Neunkircher Werktätige durch die Stadt und protestierten damit gegen die Pläne, wonach bis 1983 bis zu 4.500 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen. An der Demonstration, auf der Transparente mit Parolen gegen Rationalisierungen und die Arbeitslosigkeit getragen wurden, nahmen nicht nur Belegschaftsmitglieder des betroffenen Neunkircher Eisenwerks teil.

Auch Kollegen anderer Betriebe drückten durch ihre Teilnahme ihre Solidarität aus. Unter den Neunkircher Einzelhändlern und Kleingewerbetreibenden wie bei der Bevölkerung insgesamt fand die Demonstration lebhafte Unterstützung, denn auch sie sind betroffen, wenn der größte Teil des Eisenwerks, Hochöfen, Stahlwerk, Sinteranlage und Kokerei, stillgelegt wird.

Die Stillegungspläne sind das Ergebnis davon, daß der luxemburgische Arbed-Konzern Kapitalanteile an den Stahlwerken Röchling-Burbach und Neunkircher Eisenwerk übernommen hat mit dem Ziel, die rücksichtslose Rationalisierung durchzuführen und die Profite zu sanieren. Dafür hat das miltinationale Unternehmen aus Steuergeldern „Investitionshilfen" in Höhe von 1,2 Milliarden Mark bekommen!

Wegen Protestbrief an DGB-Vetter entlassen

Koreaner erkämpfen Wiedereinstellung ihres Sprechers

Ende 1977 schrieb der Sprecher der koreanischen Arbeiter auf der Zeche Ewald in Herten einen Protestbrief an den DGB-Vorsitzenden Heinz-Oskar Vetter. Darin schilderte er die miserablen Arbeits- und Wohnbedingungen der etwa 160 Koreaner auf der Zeche. Was daraufhin geschah, klingt unglaublich: Kon Song, der den Brief unterzeichnet hatte, wurde fristlos gekündigt! Die Begründung lautete „Störung des Betriebsfriedens". Preisfrage: Wie erfuhren die RAG-Bosse wohl von dem Brief an Vetter?

Ein Volkskorrespondent aus Herten schreibt: Die Koreaner auf der Zeche Ewald sind in zwei Heimen der Ruhrkohle AG untergebracht. In diesen abbruchreifen Altbauten in der Hochlarmarkstraße in Recklinghausen herrschen unmenschliche Zustände. Drei Kumpels müssen sich ein Zimmer teilen. Jeder von ihnen muß dafür 85 DM an die RAG-Bosse bezahlen. Die Zukunft der Koreaner ist völlig ungesichert, und sie können auch ihre Familien nicht nachkommen lassen, weil ihre Arbeitsverträge auf drei Jahre befristet sind. Auf der Zeche werden sie für die dreckigsten Arbeiten eingesetzt oder dort, wo die Arbeitsbedingungen besonders schwierig sind. Deutsch wird ihnen von den RAG-Bossen gerade so viel beigebracht, daß sie die Arbeitsvorgänge begreifen können. **Der koreanische Dolmetscher übersetzt diese Zustände mit „besonderer Ausbeutung der Koreaner durch die Ruhrkohle", und damit trifft er den Nagel auf den Kopf.**

Irgendwann Ende 77 lief dann das Faß über. Die Koreaner wollten diese Zustände nicht länger hinnehmen, und ihr Sprecher Kon Song schrieb den Protestbrief an den DGB-Vorsitzenden Vetter. (Vetter war übrigens Ende der 60er Jahre, nach der Gründung der RAG, selbst Aufsichtsratsmitglied der Ruhrkohle AG. Heute ist er es nicht mehr, aber seiner Verbundenheit mit den RAG-Bossen hat das offenbar keinen Abbruch getan.) Es folgte die fristlose Kündigung, der auch der Betriebsrat der Zeche ohne Bedenken sofort zustimmte. Vorsitzender dieses Betriebsrats ist der SPD-Stadtrat Hückelmann, stellvertretender Vorsitzender der DKP-Betriebsgruppenleiter Heinrich! Wie der Herr, so's Gescherr, kann man da nur sagen!

Als die koreanischen Kumpels von der fristlosen Entlassung hörten, waren sie so empört, daß sie sofort die Arbeit niederlegten. Durch ihre Aktion wurde der Betrieb auf der ganzen Schachtanlage teilweise blokkiert. Kon Song selbst legte sofort **Widerspruch gegen die Kündigung** ein. Er nahm sich einen Rechtsanwalt, „verzichtete" aber nach den vorhergegangenen Ereignissen auf einen IGBE-Anwalt, der ihm als IGBE-Mitglied zugestanden hätte.

Am 14. Juli fand dann der Prozeß vor dem Arbeitsgericht Herne in Sachen Kon Song gegen die RAG statt. Der Gerichtssaal war überfüllt. Über 50 Kollegen waren gekommen, um ihren Kumpel zu unterstützen. Arbeitsrichter Wirth, der sonst nicht gerade kleinlich bei Kündigungsschutzklagen ist und „im Zweifel immer für die Kapitalisten", sah sich angesichts der Solidarität der koreanischen Kumpels gezwungen, „erhebliche Zweifel an der fristlosen Kündigung" zu haben und verkündete: „Kon Song muß wieder eingestellt werden."

Am letzten Montag fuhr Kon Song seine erste Schicht — ein großer Erfolg im Kampf gegen RAG, Betriebsratsbonzen und IGBE!

Kaufhaus Leffers/Wilhelmshaven

Kollegen kämpfen gegen Entlassung

Wie bereits berichtet, will die Firmenleitung des Kaufhauses Leffers in Wilhelmshaven einen revolutionären Betriebsrat auf „kaltem Weg" entlassen. Sie verweigerte dem 22jährigen Verkäufer, der zum Zeitpunkt der Betriebsratswahl noch in der Ausbildung stand, die Übernahme in ein normales Arbeitsverhältnis. Eine Klage und eine einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht sollen diesen Schritt auch juristisch absichern.

Gegen diesen Unternehmerterror protestierte eine Gruppe von Kollegen und Kolleginnen, die bereits während der Betriebsratswahl mit Ralf-Peter H. zusammengearbeitet und gemeinsam mit ihm das Programm seiner Liste „Frischer Wind" entwickelt hatte, in einem Flugblatt. Darin werden die „Argumente", mit denen Geschäftsleitung und alte Betriebsräte die Entlassung von Ralf-Peter H. „begründen", entlarvt. Die Kollegen werden aufgefordert, sich für die sofortige Übernahme ihres Betriebsrats und die ungehinderte Ausübung seiner Betriebsratstätigkeit einzusetzen. Auf dieses Flugblatt, das bei vielen Kollegen Zustimmung fand, reagierten Geschäftsleitung und Betriebsrat auf ihre Art.

Als Ralf-Peter H. eine Betriebsversammlung der Firma am 20. 7. besuchen wollte — schließlich ist er ja weiterhin Betriebsrat und Belegschaftsmitglied — wurde er von einem Abteilungsleiter am Betreten des Kaufhauses gehindert: Die Geschäftsleitung hätte angeordnet, daß er den Laden nicht betreten und an der Versammlung nicht teilnehmen dürfe! In Abwesenheit des Betriebsrats wurde dann auf der Versammlung gegen ihn gehetzt, was das Zeug hielt: Er habe einen Alleingang versucht, sei zu keiner Zusammenarbeit mit Betriebsrat und Geschäftsleitung bereit; man wisse ja, aus welcher Ecke er komme, Listen gleichen Namens seien ja im ganzen Bundesgebiet aufgetaucht usw. Gleichzeitig wurden die Kollegen vom Redner der HBV auf einige Rechte gegenüber der Geschäftsleitung hingewiesen. Die HBV-Bonzen wollten ihr demokratisches Image aufpolieren. Viele Kollegen wurden dadurch auch noch über die wahren Absichten insbesondere des HBV-Vertreters getäuscht. Andere aber klatschten kein einziges Mal, und einer von diesen meinte anschließend:

„Diese Komödie, die von der Geschäftsleitung, ihrem Betriebsrat und der Gewerkschaft HBV inszeniert war, hat mir die letzten Illusionen geraubt. Ich wollte in die HBV eintreten, aber wenn die so gegen unseren Betriebsrat Ralf-Peter und die Betriebsgruppe „Frischer Wind" hetzen, bekommen die meinen Beitrag nicht. Den gab ich lieber der Betriebsgruppe, wenn dort einer festgelegt wird."

Inzwischen hat der HBV-Apparat dem Kollegen mitgeteilt, daß die Ortsverwaltung Wilhelmshaven am 18. 7. gegen ihn ein Ausschlußverfahren beantragt hat — wegen „grober Schädigung der Gewerkschaft und der Interessen der Mitglieder"! Wer allerdings — auch in kleinen Fragen — die Interessen der Mitglieder vertritt und wer sie schädigt, das haben die Kollegen bei Leffers selbst in den wenigen Wochen, in denen Ralf-Peter seine Betriebsratstätigkeit aktiv ausüben konnte, schon erfahren. Etwa am Beispiel der Tischzeit, die ihnen zur Verfügung steht. Die Liste „Frischer Wind" hatte in ihrem Programm gefordert, daß 45 Minuten Tischzeit (bisher 25 Minuten) und 20 Minuten Pause gewährt werden müssen. In einer Sitzung am 5. 7., an der Ralf-Peter H. noch teilnahm, beschloß der Betriebsrat einen Kompromiß von 45 Minuten Tischzeit und einer „Trinkpause". Jetzt, nachdem Ralf-Peter H. nicht mehr an den Betriebsratssitzungen teilnehmen kann, faßte der Betriebsrat einen neuen Beschluß: 35 Minuten Tischzeit ist alles, was den Kollegen jetzt noch gewährt werden soll.

Und genau so eifrig, wie der Betriebsrat in diesem Fall die Interessen der Firmenleitung gegen die Kollegen durchsetzte, bemüht er sich auch, das Unternehmerwohl gegen den revolutionären Betriebsrat Ralf-Peter H. und die Betriebsgruppe „Frischer Wind" durchzusetzen. So fand am 21. 7. sogar eine außerordentliche Betriebsratssitzung statt. Thema: Das Flugblatt der Betriebsgruppe „Frischer Wind".

Die Betriebsgruppe „Frischer Wind" aber wird ihren Kampf für die sofortige Übernahme von Ralf-Peter und für die ungehinderte Ausübung seiner Tätigkeit als Betriebsrat weiterführen. Sie hat dabei die Unterstützung der Kollegen, die wissen, daß ihr Betriebsrat sich unbestechlich für ihre Interessen einsetzt.

Betriebsratswahl bei Elac/Kiel

19,8% für Liste „Kollegengruppe"



Karl-Heinz Töpfer, als revolutionärer Betriebsrat bei Elac/Kiel wiedergewählt

In der letzten Woche fanden bei Honey-Elac-Nautic in Kiel die Betriebsratswahlen statt. (Honey-Elac-Nautic ist der Teil von Elac, der nach dem Konkurs der Kapitalisten von dem US-Konzern Honeywell aufgekauft worden war.) Zur Wahl standen vier Listen. Darunter die Liste „Kollegengruppe" mit fünf Kandidaten. Sie erhielt jetzt bei der Wahl 19,8 Prozent bzw. 58 der abgegebenen Stimmen. Damit wird zunächst ein Vertreter der Liste „Kollegengruppe" in den fünf-köpfigen Betriebsrat einziehen. Ein zweiter Vertreter dieser Liste wird in einigen Wochen für den Vertreter einer anderen Liste nachrücken, der inzwischen gekündigt hat.

Das ist ein wichtiger Erfolg für die Kollegen von Elac. Denn mit dem Konkurs der alten Geschäftsleitung und der Teilung der Firma ist die Gefahr von Entlassungen keineswegs vorüber. In diesem Kampf zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze und im Kampf gegen alle anderen Angriffe der Kapitalisten werden die Kollegen bei ihren oppositionellen Betriebsräten und bei der „Kollegengruppe" konsequente und zuverlässige Unterstützung finden.



Protestdemonstration gegen Werksschließung

Liebe Genossen,

das Werk „Kabel und Draht" in Gustavsburg, daß vor etwa drei Jahren von dem BBC-Konzern aufgekauft wurde, soll dichtgemacht werden. 370 Arbeiter verlieren ihren Arbeitsplatz, wenn es nach dem Willen der Konzernbosse geht.

Weil wir das Werk nicht näher kennen, beschlossen wir, die betroffenen Kollegen zu befragen. Das Werk wurde seit der Übernahme durch den BBC-Konzern systematisch ausgehungert. Dem BBC-Konzern war das ehemalige Konkurrenzunternehmen nicht profitabel genug. Deshalb soll die Produktion in andere Werke verlagert werden. Im Gustavsburger Werk wurden nur noch die nötigsten Reparaturen durchgeführt und viele Abteilungen geschlossen. Immer mehr verdichten sich die Gerüchte, daß das Werk im August 1978 geschlossen werden soll, obwohl das Werk ursprünglich erst 1979 dichtmachen sollte. Besonders die Hinhaltetaktik der Konzernleitung empört die Kollegen. Viele sind schon von sich aus gegangen.

Die BBC-Herren „begründen" die Schließung mit Veralterung, Absatzschwierigkeiten und Unrentabilität. Die Tatsachen entlarven jedoch diese „Begründungen" als Lügen und Vorwände:

- Das Gustavsburger Walzwerk ist teilweise auf dem modernsten technologischen Stand.
- In Mannheim wird ein neues Walzwerk aufgebaut, also gibt es keine Absatzschwierigkeiten!
- Das Walzdrahtwerk in Gustavsburg kann nicht unrentabel sein, denn es werden zur Zeit Überstunden gemacht. Eine ungeheuerliche Frechheit ist die Tatsache, daß zur Zeit noch Kollegen auf Zeit mit Dreimonatsverträgen eingestellt werden!

Das ruft natürlich den Protest der Kollegen hervor. Sie führten einen Streik und eine Protestdemonstration in Gustavsburg durch. Die Gewerkschaftsbonzen stellten sich an die Spitze der Empörung und organisierten eine Demonstration nach Mannheim. Aber einen richtigen Kampf organisierten sie nicht. Weder schlossen sie die deutschen und ausländischen Arbreiter zu einer Kampffront zusammen, noch unternahmen sie konsequente Schritte gegen die Schließung.

So ist die Reaktion der Kollegen, mit denen wir uns unterhielten, auch klar: Als wir auf die Gewerkschaft und den Betriebsrat zu sprechen kamen, hieß es: „Die sind für die Firma wie eine Mutter zu ihrem Kind!" Das Verhalten der umstehenden Kollegen ließ eindeutig erkennen: Das war nicht nur die Meinung des Sprechers!

Genossen aus Wiesbaden



Protestdemonstration der Kollegen von „Kabel und Draht" in Gustavsburg

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Hertie — Ihr freundliches Warenhaus — aus der Sicht einer Verkäuferin



„Unser Einsatz hat sich gelohnt" — so tönten DAG und HBV nach den diesjährigen Tarifverhandlungen im Einzelhandel. Ich habe mich gefragt, weshalb sie dann nicht mal die Tariferhöhungen in Prozent bekanntgeben. Nachdem ich mir die Mühe gemacht hatte, das auszurechnen, war mir klar: Sie schämten sich einfach!

Als Beispiel seien nur die Erhöhungen im ersten und fünften Berufsjahr aufgezeigt: 1977 lag der Tariflohn einer Verkäuferin im ersten Jahr bei 926,40 DM brutto und im fünften Jahr bei 1.003,60 DM. Jetzt bekommt sie 963 DM bzw. 1.044 DM. **Das sind sage und schreibe 4,47 Prozent bzw. 4,08 Prozent mehr!** Damit liegen wir im Einzelhandel unter den Tarifabschlüssen aller anderen Branchen, die im Verhältnis zur Steigerung der Lebenshaltungskosten natürlich auch noch viel zu niedrig sind.

Mit welcher Berechtigung bezahlt man uns so mies? Leisten Verkäuferinnen etwa weniger als zum Beispiel die Abteilungsleiter, die das Doppelte und Dreifache verdienen? Die Arbeit machen doch wir, während die Abteilungsleiter und -leiterinnen es meistens sehr gut verstehen, sich auf unsere Kosten den Tag ganz angenehm zu gestalten.

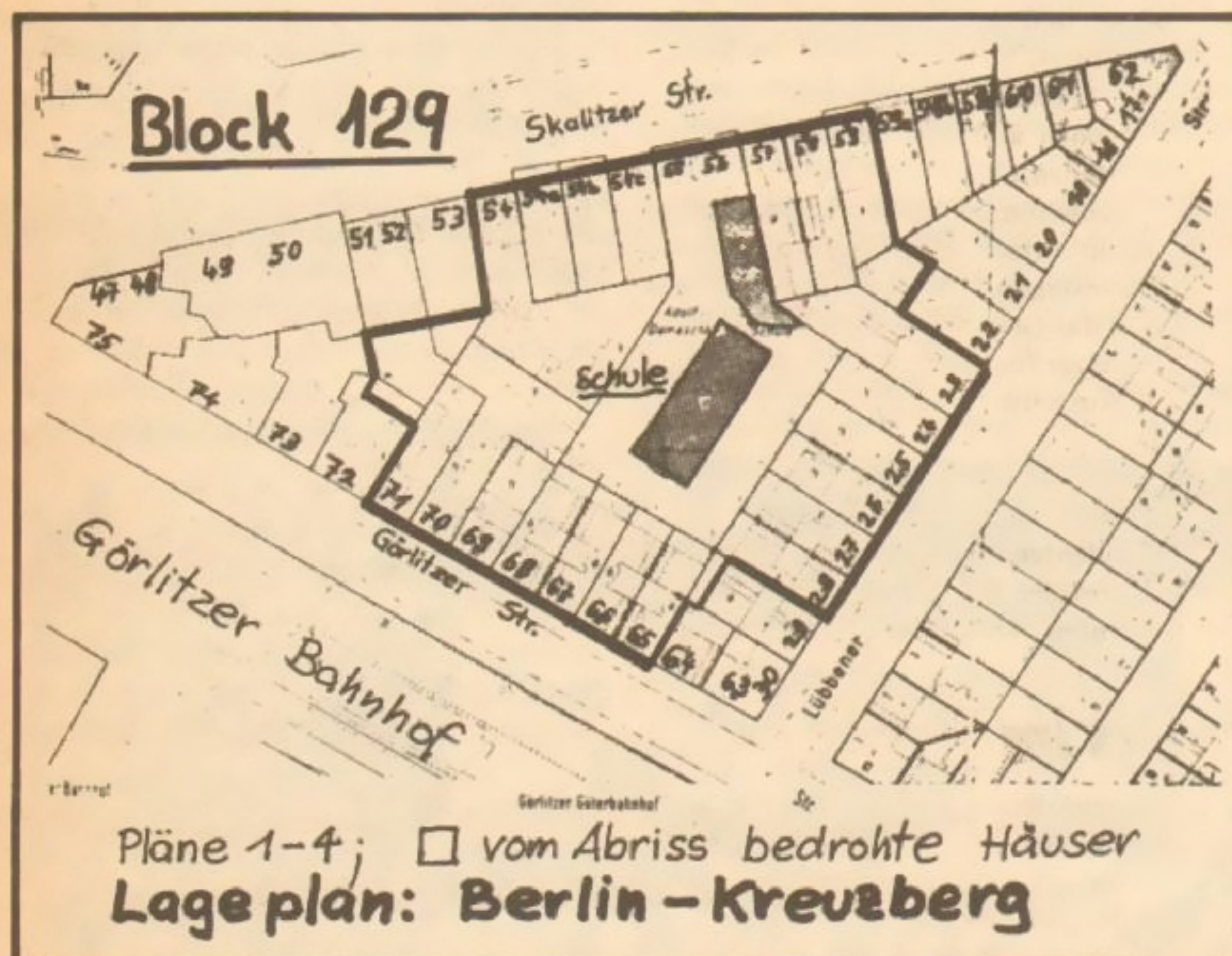
Um keine Einigkeit unter uns aufkommen zu lassen, spielt man uns gegeneinander aus. Es bestehen große Unterschiede in der Bezahlung. Dabei spielt es auch keine Rolle, ob wir gelernt oder ungelernt sind, viele oder wenige Berufsjahre nachweisen können. Die Maßstäbe werden ganz willkürlich gesetzt. Aber das oberste Prinzip der Hertie-Bonzen ist es, uns gegeneinander aufzubringen, damit wir nicht gemeinsam für unsere Forderungen eintreten. Eine dieser Forderungen lautet: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Klar ist, daß wir als Einzelne keine Verbesserung unserer Lage erreichen können, da müssen wir uns schon zusammenschließen und gemeinsam den Kampf aufnehmen. Wie z. B. die Kollegen bei Hertie in Freiburg und Horten in Reutlingen, die für ihre Forderungen auf die Straße gegangen sind. Das zeigt doch, daß die Angestellten sich nicht mehr einfach mit ihrer Lage zufriedengeben, sondern auch für ihre Interessen kämpfen.

Wohnungssanierung in Westberlin

Kreuzberger Mieter wehren sich

Block 129 im Westberliner Stadtteil Kreuzberg — das Dreieck zwischen Görlitzer, Lübbener und Skalitzer Straße — besteht aus vier- bis fünf-geschossigen Häusern, erbaut in den Jahren vor dem 1. Weltkrieg. Ihr Zustand ist schlecht, der Wohnkomfort unterschiedlich. So haben die Vorderhäuser Innentoilette und teilweise auch Bäder. Auf den Hinterhöfen jedoch liegen die Toiletten draußen auf dem Flur, auf halber Treppe. Und eine Zentralheizung gibt es nirgendwo. Diesen Wohnungen nun will der Westberliner Senat mit ZIP auf den Leib rücken.



Hinter dem ZIP verbirgt sich der hochtrabende Name „Zukunfts-Investitions-Programm". Zu deutsch heißt das schlicht: Wohnungssanierung. Eine Sache also, die gerade in Westberlin an und für sich bitter notwendig ist. Denn während im allgemeinen Bundesdurchschnitt ein Drittel der Wohnungen Altbauten sind, beläuft sich ihre Zahl in Westberlin auf die Hälfte. Und die meisten von ihnen sind — wie der Block 129 — sogar vor 1918 gebaut. Was das für die Mieter bedeutet, macht folgende Zahl aus der Statistik deutlich: Von den 400.000 vor 1918 erbauten Wohnungen haben 100.000 weder Bad noch Toilette.

Wenn jetzt also der Senat ankündigt, er wolle 200.000 Wohnungen renovieren lassen, so sollte man meinen, daß sei eine gute und nützliche Sache. Aber die Frage ist eben, mit welchem Ziel und auf wessen Kosten saniert wird. Und da zeigt sich, daß es in Westberlin nicht anders ist als im Bundesgebiet: die Hauseigentümer kassieren fette Subventionen aus Steuergeldern und bekommen die renovierten Wohnungen fast umsonst geliefert. Die Mieter dagegen müssen kräftig zahlen: schwindelerregende Mieterhöhungen werden ihnen in Rechnung gestellt. Und nicht nur das. Ein Teil der Häuser soll auch abgerissen, die Bewohner auf die Straße gesetzt werden. Begründet wird das Ausmaß der geplanten Abrisse damit, daß man angeblich so viel Platz für den Bau eines Mittelstufenzentrums anstelle der heute dort stehenden Schule braucht. Die folgende Korrespondenz schildert, wie die Menschen im Block 129, die deutschen und die türkischen Mieter, auf ZIP reagiert haben.

Mieterversammlung im Block 129

Auch zur zweiten Mieterversammlung in der Adolf-Damaschke-Schule, die mitten im Block 129 zwischen den Mietskasernen liegt, sind wieder viele Mieter gekommen. Die Aula ist bis auf den letzten Platz gefüllt, Späterkommende müssen mit einem Stehplatz an der Wand vorlieb nehmen. Deutsche und türkische Mieter sitzen in bunter Reihe zusammen, genau wie sie auch im Block zusammen wohnen. Die Einladung des Bezirksamtes war in deutsch und türkisch. Aber wieder war kein türkischer Dolmetscher da, obwohl das Bezirksamt versprochen hatte, einen zu schicken.

Schulstadtrat Gericke erklärte unverhohlen: „Das ist mit Absicht geschehen, weil sich ein Dolmetscher störend auf eine Versammlung auswirkt." Den türkischen Mietern bot er dann eine getrennte Versammlung an. Das haben die Versammelten mit Recht abgelehnt: „So einfach lassen wir uns nicht in deutsche und türkische Mieter aufspalten", war die einhellige Meinung dazu.

Der Trick mit dem Mittelstufenzentrum

So soll die Sanierung im Block 129 durchgezogen werden:



Nur noch wenig Zeit muß verstreichen, dann kann der Hauseigentümer guten Gewissens auf Abriß bestehen. Selbst eine Modernisierung wird dann nicht mehr möglich sein. (Haus in der Skalitzer Straße).

Aus der Schule wird ein Mittelstufenzentrum, alle Hinterhäuser werden abgerissen, dazu noch einige Vorderhäuser, und was stehen bleibt, wird mit ZIP modernisiert. Eine wahrlich „herrliche" Aussicht für die Mieter!

Schulstadtrat Gericke hängt vier verschiedene Pläne an die große schwarze Tafel in der Aula. Er erklärt, warum er Plan 4 bevorzugt: „Bei diesem Entwurf müssen nur fünf Vorderhäuser in der Görlitzer Straße abgerissen werden, und zwar die Nummern 65 bis 69." Das klingt äußerst rücksichtsvoll! Dann rechnet ein Mieter vor: „Das macht zusammen mit den Hinterhäusern 440 Wohnungen. 440 Familien müssen ganz einfach verschwinden. Das ist empörend."

Ein fünfter Plan kam ins Gespräch. Warum hing der nicht an der Tafel? Den hatte Schulstadtrat Gerikke einfach im Rathaus vergessen. Er wurde geholt, und — siehe da — es zeigte sich, daß auf einem anderen Grundstück in der Nähe nur zwei Häuser diesem geplanten Mittelstufenzentrum weichen müßten. Das Grundstück paßte von der Größe und dem Zuschnitt her, die Fläche entsprach gut dem Block 129.

Die Versammelten verglichen die Entwürfe. Warum sah aber Plan 5 so vollgepfercht aus und hatte so wenig Freiflächen? Des Rätsels Lösung schnappte ein Mieter erst später auf, als er einen Gesprächsfetzen des Architekten mitbekam, der für seine Ohren bestimmt nicht gedacht war:

„Wunschgemäß habe ich beim 5. Plan eine geringere Stockwerkszahl für die Schule vorgesehen. Damit benötigt das Gebäude mehr Grundstücksfläche, und es bleibt weniger Freifläche übrig. So wirkt dieses Grundstück ungeeigneter für den Bau des Mittelstufenzentrums."

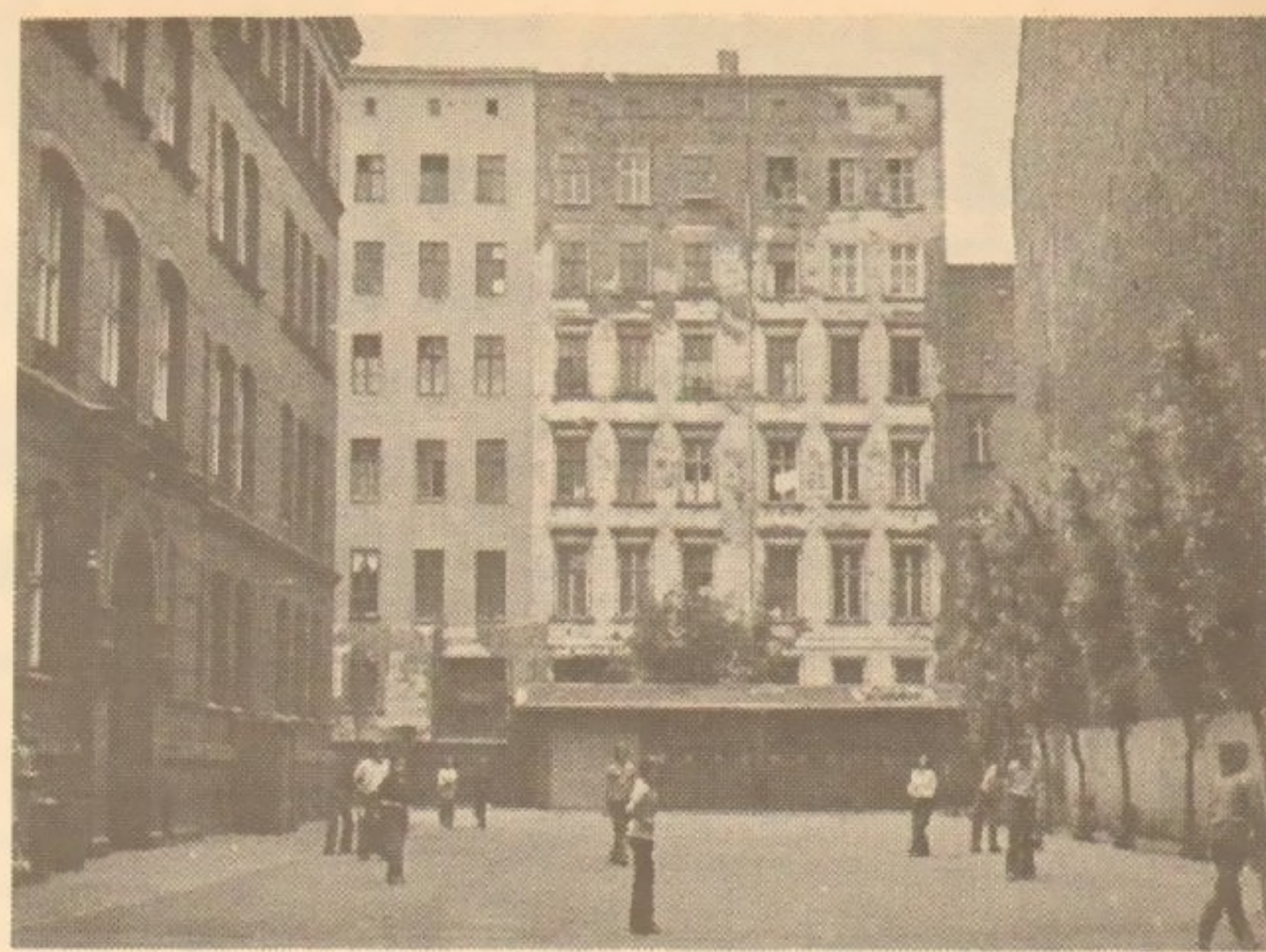
Ein wahres Husarenstück! Mit diesem Trick wollte Schulstadtrat Gericke den unliebsamen Vorschlag 5 vom Tisch fegen und den Kahlschlag im Block 129 als einzige Möglichkeit hinstellen.

Ein Mieter erzählt seine Sorgen

„Ich bin vor ungefähr zwei Jahren hier hergezogen, und komme aus der Hornstraße, auch in Kreuzberg. Dort mußte ich schon einmal ausziehen, weil modernisiert wurde. Ich bewohnte dort zwei Zimmer mit Küche und Bad für 168 DM. Der Hauswirt ließ eine Gasetagenheizung einbauen und das Bad kacheln. Damit erhöhte er die Miete um sage und schreibe 200 DM auf 368 DM. Die erste Heizperiode ging vorüber und die Jahresendabrechnung kam: 1.800 DM Gas im Jahr, das macht 150 DM pro Monat. So kam die Warmmiete auf 518 DM! Dann folgte eine Gaspreiserhöhung für Gasheizungen um 30 Prozent. Ich mußte ausziehen.

Jetzt habe ich in der Görlitzer Straße drei Zimmer mit Küche, das Bad habe ich mir selber eingebaut, und zahle 240 DM kalt. Nun droht mir eine erneute Modernisierung oder sogar der Abriß des Hauses. Die Folgen möchte ich wissen. Wie wird modernisiert, wie erhöht sich die Miete, wohin werden die Mieter von Abrißhäusern verfrachtet, was kosten dort die Mieten? Auf diese Fragen will ich Antwort haben, deshalb bin ich gekommen, wie viele andere sicher auch."

Der heftige Beifall machte deutlich, daß dies wirklich die Fragen sind, die die Mieter haben, Fragen, über die bei dieser Versammlung nur hinweggeredet wurde. Die Mieter verlangen eine neue Versammlung für diese Probleme. Zähneknirschend wird sie zugesagt, ungefähr für September nach der Urlaubszeit, und mit türkischem Dolmetscher. Unzufrieden und ermüdet gingen die Mieter nach Hause.



Schulhof der Adolf-Damaschke-Schule: Im Hintergrund ein Hinterhaus der Görlitzer Straße. Wenn Mieter ausziehen, läßt der Eigentümer es unbewohnt stehen, damit es schnell herunterkommt. So bleibt dann letztendlich nur noch der gewünschte Abriß übrig.

Die Mieter schließen sich zusammen

Ein Vierteljahr tatenlos zusehen, was der Senat in der Zwischenzeit ausheckt, das ist ein schlechtes Gefühl! Sechs Mieter schrieben deshalb einen Brief und luden zu einer Besprechung ein. So folgten 16 Mieter dieser Einladung und kamen in das Fotoatelier Rotfilter ins Hinterhaus der Lübbener Straße 25. Auch ein vom Abriß bedrohtes Haus, in dem so ein Fotoatelier wunderschön Platz hat. Das soll nach den Vorstellungen des Senats alles zerstört werden. Zusammen mit Vertretern der Bürgerinitiative SO 36 einigte man sich schnell auf einen Punkt:

Keine ZIP-Modernisierung im Block 129!

Nichts gegen Modernisierung, sie wäre dringend nötig. Aber wenn man wegen der hohen Miete ausziehen muß? Dann ist nur dem Hauseigentümer damit gedient, der sich neue, kapitalkräftigere Mieter suchen und sich gesundstoßen kann.

Die nächsten Schritte

Nun werden erst einmal alle Mieter des Blocks über ZIP und die Konsequenzen mit einem Flugblatt informiert. Stimmen über die Hälfte der Mieter eines Hauses auf Hausversammlungen gegen die Modernisierung mit ZIP, dann kann dieser Angriff vorerst einmal abgeschmettert werden. Aber weitere Schritte werden notwendig. Sie sollen auf den nächsten Treffen besprochen werden und dann im September auf der Mieterversammlung des gesamten Blocks.

Der Zusammnschluß von Mietern des Blocks 129 und die Bildung eines Ausschusses mit dem Ziel, die Mieter zu informieren und besser zu organisieren gegen die Maßnahmen des Senats, das ist eine gute Sache. Vielleicht kann man vom Kampf der Mieter am Klausener Platz in Charlottenburg lernen, wie es ihnen teilweise gelungen ist, eine Kaltmiete von 3 DM nach erfolgter Modernisierung durchzukämpfen.

Familie A mit zwei Kindern Alleinverdiener: 1400 DM netto 3 Zimmer, 80 qm	Rentnerin B Rente: 650 DM 1 1/2 Zimmer, 40 qm
Miete jetzt (mit Kohlen): ca. 250.- nach Modernisierung (warm): 425.-	Miete jetzt (mit Kohlen): ca. 100.- nach Modernisierung (warm) 212.-
Das sind 5.30 DM pro Quadratmeter Warmmiete, und die Miete soll jedes Jahr noch weiter steigen!	
Miete nach 6 Jahren ca. 605.- warm	Miete nach 6 Jahren ca. 280.- warm

Das bedeutet „ZIP" in Mark und Pfennig ausgedrückt

Was bedeutet ZIP?

Bei 15 Prozent Eigenkapital und weiteren 15 Prozent Hypothek zum Beispiel erhält der Hauseigentümer 70 Prozent Zuschuß aus unseren Steuergeldern zur Modernisierung. Die 30 Prozent Selbstbeteiligung erhält er möglicherweise auch noch als Entschädigung für den Abriß seines Hinterhauses, so daß er keinen Pfennig aus eigener Tasche aufwenden muß. Die Mieter erhalten dann ein Bad und Etagenheizung, können aber leider die Miete nicht mehr bezahlen.

Wie die Mieter des Blocks 129, so sehen sich die Werktätigen in vielen Städten brutalen Angriffen der Hausbesitzer und des Staates ausgesetzt. Da werden ganze Viertel mit relativ billigen Wohnungen wegsaniert, um profitträchtigeren Bürogebäuden oder teuren Eigentumswohnungen Platz zu machen. Da werden nach Renovierungen die Mieten verdoppelt. Und nicht nur private Wohnungsbesitzer langen den Mietern kräftig in die Tasche. Auch städtische Gesellschaften oder Gewerkschaftsunternehmen wie die „Neue Heimat" sind mit dabei, wenn die Mieten zu immer drückenderen Lasten für die Werktätigen aufgestockt werden.

An vielen Orten wehren sich die Mieter gegen solche Angriffe, bilden sie Initiativen, schließen sie sich zusammen. Stadtteilzellen unserer Partei unterstützen sie dabei und stehen an ihrer Seite im Kampf gegen die unverschämten Angriffe der Miethaie.

Stadtteilzeitungen der KPD/ML unterstützen den Kampf der Mieter.

— GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! —

„Jugend-Sekten"

Banden mit Heiligenschein

Bonn sagt „Jugendsekten" den Kampf an. — So lauteten in der letzten Woche die Schlagzeilen. Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit gab bekannt, daß zwischen 100.000 und 150.000 Jugendliche in den Händen dieser Rattenfänger sind. Eine Zahl, die nun auch die Regierung zu einigen Worten der „Sorge" herausfordert. Allerdings: „Mit juristischen Mitteln ist den Sekten kaum beizukommen. Strafrechtliche Tatbestände sind nur schwer nachweisbar", erklärte der Staatssekretär sofort. Und so werden diese Banditen unter dem Deckmantel der Religion weiter ihren Terror mit Jugendlichen treiben.

Denn diese „Sekten" wie „Scientology Church", „Vereinigungskirche" oder „Kinder Gottes" sprechen zielstrebig Jugendliche an! Nutzen Unsicherheit, Probleme, seelische Schwierigkeiten vieler junger Menschen aus, um sie mit Versprechungen von „Glückseligkeit", „Hellsichtigkeit" und wie die hochtrabenden Begriffe alle heißen mögen, zu blenden. Was die jungen Menschen dann allerdings erwartet, ist nichts anderes als ein ausgefeiltes Programm psychologischen Terrors, mit dem sie zu gefügigen Sklaven des jeweiligen Bandenführers gemacht werden sollen. Völlige Abkapselung vom normalen Leben, vom Beruf, der Familie, Freunden; völlige Unterordnung unter die faschistischen Führergestalten; systematische Zerstörung des Selbstbewußtseins und des Realitätssinns.

Jugendliche, die diesem Terror entweichen konnten, sind noch lange Zeit danach seelische Krüppel. „Sobald es dunkel wurde, hatte unsere Tochter Angst vor dem Teufel." Das Mädchen, von dem die Rede ist, war sechs Monate lang Mitglied der „Vereinigungskirche" des koreanischen Faschisten Mun. „Die 23jährige Eva hörte Stimmen und sah Särge; Bernhard verfiel vor einem Teufelsgesicht im Kasperltheater ins Zittern." Wahnsinnsanfälle sind nicht selten. So hatte eine Studienreferendarin in München im letzten Monat nach einem dreitägigen Kurs der Sekte SLS („Zufriedenheit, Liebe, Erfolg") Bewußtseinsstörungen, sie erlitt einen Tobsuchtsanfall und mußte in die Nervenklinik eingewiesen werden.

All dies stört Bonn nicht. Schließlich seien die meisten Anhänger volljährig und die „Religionsfreiheit verfassungsmäßig garantiert". Die Wahrheit ist nämlich, daß der Staat das Treiben dieser reaktionären Banden nicht ungern sieht. „Enttäuschung über eine weithin als sozial ungerecht empfundene gesellschaftliche Wirklichkeit. Probleme in der Familie, in Schule und Beruf" — dies nannte der Bonner Staatssekretär als Ursachen für den Zulauf der sogenannten Jugendsekten. Es liegt auf der Hand, daß der Staat diese „enttäuschten" Jugendlichen lieber bei den seelisch zerbrochenen „Kindern Gottes" sieht als bei der rebellischen Jugend, die den Kampf gegen den Bonner Staat aufnimmt.



Oberzuhälter und Sektengründer Mose (David Berg) inmitten seiner Mädchen

Erpressung

So hat der Westberliner Senat der „Scientology Church" bis Anfang 1976 fast eine Million Mark zukommen lassen und zahlte auch noch weiter. Erst Ende 1977 flog der Schwindel auf. Die öffentlichen Mittel wurden aus dem Bundessozialhilfegesetz dem „Narconon e. V." zugeschustert. Die Stadtillustrierte „Zitty" enthüllte, daß das Geld weitgehend zur Schulung von „Geistlichen" der Sekte verwendet wurde. Denn: „Narconon ist Teil des Sozialprogramms der Scientology Kirche Deutschland". Und der Senat wußte dies. So erklärte er bereits im Februar '76: „Von Anfang an war dem Senat bekannt, daß die von der Norconon-Betreuung angewandte Methodik die gleiche ist, die auch der Scientology-Kirche zugrunde liegt."

Diese „Methodik", die von dem ehemaligen US-Navy-Offizier und Science-fiction-Autor Ronald Hubbard ausgetüftelt wurde, besteht aus einer systematischen Erpressung mit einer Art „Lügendetektor". Die „Schüler", die das Stadium „völliger geistiger Freiheit" erringen wollen, werden zu intimsten Beichten gezwungen. Die schriftlichen Protokolle dieser Verhöre heben die Scientologen auf. Sie haben die „Schüler" so in ihrer Gewalt.

Der Jahresgewinn dieser „Organisation für seelische Gesundung" betrug allein 1970 132 Millionen DM. Gesund daran stieß sich allein der Chef dieser Bande, der auf einer 3.300-t-Yacht über die Meere schippert, weil er in den USA, Australien und England gerichtlich verfolgt wird.

Prostitution

Auf der Flucht ist ebenfalls der Führer der „Kinder Gottes", der Zuhälter David Berg. Die New Yorker Staatsanwaltschaft klagt ihn an, daß er Mädchen gezwungen habe, „mit den obersten Führern Geschlechtsverkehr zu haben". Aufsässige Mitglieder seien in einen Käfig gesperrt worden. Es habe Fälle von Exorzismus gegeben.

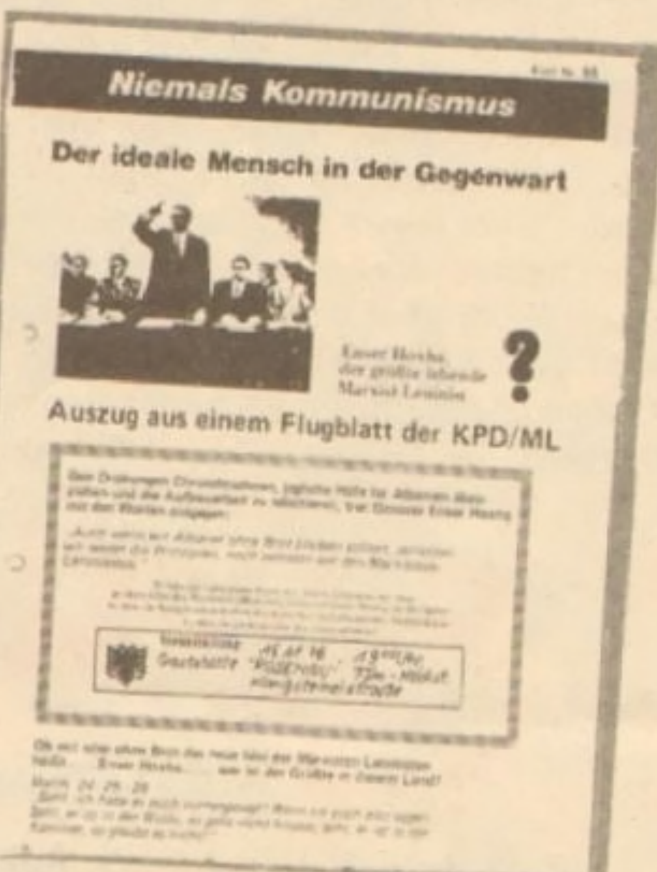
Dieser Verbrecher zwingt die Mädchen, die zu den „Kindern Gottes" stoßen, systematisch zur Prostitution. Perfekter Drill und pornographische Texte treiben die Mädchen an, nicht nur im Namen Jesu zu betteln (Plansoll: 80 DM pro Tag), sondern auch für ihren Führer auf den Strich zu gehen.

So kommen allein in der Bundes republik jährlich zehn Millionen DM für den Zuhälterkonzern zusammen. Und das steuerfrei! Denn offiziell sind die „Kinder Gottes" ein eingetragener gemeinnütziger Verein, dessen Zweck laut Statut „die Verbreitung des Wortes Gottes und die Rehabilitierung rauschgiftsüchtiger Jugendlicher" ist.

Faschistischer Hetze

Eine Faschistenbande, die sich als religiöse Sekte präsentiert, ist die „Vereinigungskirche" oder „Föderation für Weltfrieden und Vereinigung", an den Universitäten bekannt





Faschistische Hetze der „Vereinigungskirche" (C. A. R. P.)

als „C.A.R.P.". Diese Sektenorganisation ist von dem Südkoreaner San Myung Mun gegründet worden. In Südkorea besitzt der „Messias" einen 30-Millionen-DM-Konzern, zu dem Waffenfabriken, Titan-Industrie und Ginseng-Vertrieb gehören. In seinem „göttlichen" Namen tanzt das koreanische Kinderballett „Little Angels" durch die westliche Welt.

Den wahren faschistischen Charakter dieser Organisation zeigen die Karrieren ihrer Spitzenleute. Der stellvertretende „Messias" Bo Hi Pak baute den südkoreanischen Geheimdienst auf, arbeitete als Militärattachee in Washington und verfügt über außerordentliche Kontakte zum CIA. Der Vorsitzende der japanischen „Kirchenorganisation" ist Sasagawi Ryoichi. Er gründete 1931 eine faschistische Partei in Japan und flog 1939 zu Mussolini, um den Pakt der faschistischen Achsenmächte vorzubereiten. 1970 gründete er die „Antikommunistische Weltliga".

Zu der westdeutschen Sektion dieser „Liga" gehörten der Exminister Oberländer als Sektionspräsident, Kurt Ziesel, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, und natürlich Paul Werner, der Präsident der Mun-Sekte in Westdeutschland. „Aufruf gegen den Kommunismus — Der Kommunismus zersetzt alles — Betet, fastet, handelt! Gegen den Kommunismus!" — So sieht denn auch die „religiöse Propaganda" dieser Mun-Bande aus. Sie bereitet ihre Mitglieder systematisch auf die „letzte heilige Schlacht gegen den Kommunismus" vor.

Kein Wunder, daß die Bundesregierung auf eine Anfrage zu dieser Faschistenbande erklärte, ihr sei zwar der militante Antikommunismus dieser Vereinigung bekannt, aber ihre Tätigkeit sei nicht gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet.

Sei es Erpressung, sei es Prostitution oder faschistische Hetze — die Bourgeoisie läßt die Banden mit dem Heiligenschein ungehindert arbeiten, weil sie als ideologischer Stoßtrupp gegen die aufbegehrende Jugend arbeiten sollen, weil sie den Kampfgeist der Jugendlichen zersetzen sollen. Doch dies wird ihnen nicht gelingen, denn immer mehr Jugendliche durchschauen die konterrevolutionäre Tätigkeit dieser „Jugendsekten".

Kirche ruft Polizei

Am Mittwoch, den 19. Juli gab die nordelbische Kirchenleitung überraschend bekannt, die Räume der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) zu schließen. Sie versuchte, die jetzt angelaufenen Semesterferien auszunutzen, um den Angriff auf die fortschrittlichen Studenten möglichst reibungslos über die Bühne zu ziehen. Denn die Räume der ESG waren seit vielen Jahren für viele demokratische und fortschrittliche Studenten, z. B. für viele Ausländer, die einzige Möglichkeit, wo sie sich treffen und diskutieren konnten. Unter anderem wurden durch die ESG auch die Kämpfe gegen die Atomkraftwerke und antifaschistische Aktionen unterstützt. Nachdem der reaktionäre Beschluß bekanntgegeben worden war, besetzten noch am gleichen Abend mehr als 150 Studenten die Räume der ESG. Die Kirchenleitung stellte noch in der gleichen Nacht Strafanzeige. So umstellten am Donnerstagmorgen schwerbewaffnete Polizisten das Gebäude und nahmen mehr als 40 Besetzer fest. Man steckte sie in Zellen, ihre Ausweise wurden überprüft. Diese Maßnahme stellt eine ungeheuerliche Provokation von seiten der Kirchenleitung und der Polizei gegen die fortschrittlichen Studenten dar. Die Maßnahme hat einen Sturm der Entrüstung in Hamburg hervorgerufen. Die ersten Leidtragenden der Schließung der Räume waren übrigens die Teilnehmer einer Informationsveranstaltung zum Hamburger Antifaschistenprozeß! Den über 200 Besuchern wurde der Einlaß verwehrt mit der zynischen Bemerkung: „Ihr könnt die Begründung morgen in der Zeitung lesen!" Wir fordern: Sofortige Wiedereröffnung der ESG in Hamburg!



Besetzung des ESG-Gebäudes

Nazis im Schuldienst

Während demokratische und kommunistische Lehrer mit Berufsverboten verfolgt werden, können alte und neue Nazis ungehindert ihr reaktionäres Gift unter den Schülern verbreiten. Dazu einige Beispiele: Helmut Dieterle, Grund- und Hauptschullehrer in Vöhringen. Dieterle ist „Gauführer" der Wiking-Jugend in Schwaben. Gudrun Wittig-Berg, Volksschullehrerin in Köln. Sie ist „Alt-Bundesmädelführerin" der neofaschistischen Wiking-Jugend. Josef Müller-Asmus, Leiter des Dr.-Richter-Gymnasiums in Kelkheim/Taunus. Müller war SS-Obersturmführer. Seinen Doktorgrad erhielt er für eine Dissertation, in der die Vernichtung der Juden gefordert wird.

Nazi-Richter im Amt

Die Zahl der faschistischen Juristen, die wieder in Amt und Würden sitzen, ist groß. Im Zusammenhang mit Filbinger wurden auch diese Nazirichter bekannt:

Fritz Börtzler, heute Richter am Bundesgerichtshof, während der Nazizeit Staatsanwalt am Sondergericht in München, wo er viele Zuchthausurteile gegen „Volksschädlinge" fällte.

Ludwig Berner, Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof. Als Richter am Sondergericht in Prag war er nachweislich an 15 Todesurteilen gegen Bürger der CSSR beteiligt.

Rolf Pfleiderer, Erster Staatsanwalt am Oberlandesgericht in Celle. Als faschistischer Staatsanwalt wirkte er an zahlreichen Todesurteilen gegen Bürger der Stadt Brno mit.

Gerhard Gaul, Stadtpräsident von Lübeck, hat als Marinegerichtsrat der Hitler-Kriegsmarine Todesurteile verhängt und vollstrecken lassen. Gnadenerweise lehnte er ab. Am 16. Februar 1943 schickte er als leitender Richter den norwegischen Widerstandskämpfer Finn Hauge in den Tod.

Schnüffelei

Ein Bottroper Arbeiter, über dessen Gesundheitszustand im Knappschaftskrankenhaus ein Gutachten für die Versicherungsanstalt erstellt werden sollte, wurde unter anderem gefragt: Sind Sie Mitglied einer bestimmten politischen Partei? Lesen Sie in Ihrer Freizeit politische oder kulturelle Bücher? Der ausfragende Arzt wollte weiter wissen: Sind Sie politisch aktiv? Arbeiten Sie politische Referate oder Schriften aus?

Die Ehefrau des Betroffenen wurde gesondert verhört. Der „Gutachter" fragte: Was liest Ihr Mann denn? Liest er politische oder kulturelle Bücher? Wie geht es Ihrem Mann, wenn Genossen kommen?

Auf die empörte Gegenfrage, was diese Fragen denn alles zu bedeuten hätten, antwortete der Arzt: Ich möchte mir nur ein Bild von seinem Privatleben machen.

Die Beschnüffelung von Rentenbewerbern zeigt, wie weit schon das Netz der Bespitzelung reicht! **Kampf der staatlichen Bespitzelung!**

Nazis raus aus Wilhelmshaven!

Am Samstag, den 22. Juli, machten die Jungen Nationaldemokraten in Wilhelmshaven eine Kundgebung auf der Marktstraße. 30 Rotgardisten und Mitglieder der Front gegen Reaktion und Faschismus bereiteten ihnen mit Trillerpfeifen den gebührenden Empfang. Mehr als 80 Passanten sammelten sich und riefen mit: „Nazis raus!" Die Rede der Faschisten war nicht mehr zu hören. 30 Polizisten stellten sich zum Schutz vor die Faschisten. Anschließend zogen die Nazis nach Jever, aber auch dort trafen sie auf etwa 80 empörte Antifaschisten. Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk!

Verfolgung von Lehrern

Hessische Lehrer, die im Frühjahr dieses Jahres eine Unterschriftenliste des Russell-Tribunals unterzeichnet hatten, erhielten in diesen Tagen einen Brief des Darmstädter Regierungspräsidiums. In diesem Brief werden die Lehrer gezwungen, eine Stellungnahme abzugeben, andernfalls würden „belastende Sachverhalte" in die Personalakte aufgenommen. Diese Anfrage ist ein empörender Angriff auf das Recht jedes Lehrers, durch Unterschriften gegen die Berufsverbote zu protestieren.

Ein Jahr Gefängnis

Im siebten Prozeß ge[illegible]n Grohnde-Demonstranten verurteilte das Landgericht einen jungen Arbeiter aus Hamburg zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr! Dieses Terrorurteil zeigt, daß die Klassenjustiz die Unterdrückung der Atomgegner brutal fortsetzt. Freiheit für alle Grohnde-Demonstranten!

Politisches KZ

Der Westberliner Senat plant ein eigenes Gefängnis für politische Gefangene. Nach dem derzeitigen Stand der Planung soll ein Gebäude innerhalb der JVA Plötzensee zu diesem „KZ" für politische Gefangene ausgebaut werden. Die Kosten werden auf 30 Millionen Mark geschätzt. Zunächst spielte man mit dem Gedanken, in Charlottenburg Nord in der Nähe des Goerdeler Damms einen Neubau auf freiem Feld zu errichten — mit „hundert Meter Schußfeld", wie es heißt. Dieser Plan, zunächst in der Justizverwaltung bevorzugt, wurde fallengelassen: „Mauer, Stacheldraht, freies Schußfeld und womöglich Hundelaufanlagen", einen derartigen Anblick wollte man den Bürgern nicht auch noch von Westberliner Seite aus bereiten. Allerdings wird auch das Sondergefängnis in Plötzensee, das für 50 Gefangene geplant ist, die Erinnerung an Zustände wie im Faschismus oder in der sozialfaschistischen DDR wecken! Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Agitprop-Trupp „Rotes Sprachrohr" auf Albanien-Tournee

Am 15. 7. 78 traf der Hamburger Agitproptrupp „Rotes Sprachrohr" in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien ein. Auf dem Flughafen wurde die Arbeitertheatergruppe vom Vizevorsitzenden des albanischen Komitees für Kunst und Kultur, von einem Vertreter des Komitees für kulturelle und freundschaftliche Beziehungen mit dem Ausland und von Kunst- und Kulturschaffenden Tiranas empfangen.

Am Tag darauf gab der Agitproptrupp bereits seine erste Vorstellung im Saal der Kunsthochschule in Tirana. Werktätige aus Tirana, Schriftsteller, Komponisten und Künstler sahen das extra für diese Albanientournee zusammengestellte Programm des „Roten Sprachrohrs". Anwesend waren auch der stellvertretende Minister für Erziehung und Kultur, Anastas Kondo, der zugleich Vorsitzender des Komitees für Kultur und Kunst der SVR Albanien ist, und der stellvertretende Vorsitzende des Exekutivkomitees des Volksrats von Tirana.



Um Sprachprobleme überbrücken zu helfen, stellte der Agitproptrupp ein Programmheft in albanischer Sprache zusammen.

Unter den Gästen war auch der Erste Vorsitzende der KPD/ML, Genosse Ernst Aust. Die nächste Vorstellung gaben die Hamburger Genossen dann schon vor 2.000 Menschen im Freilichttheater von Durres. Alle Sitzplätze waren voll, so daß noch etwa 1.000 Menschen um das Theater herum bis in den Wald hinein stehen mußten. Sie hörten begeistert die deutschen und albanischen Lieder und folgten gespannt den Agitpropszenen, die den Kampf der deutschen Werktätigen wiedergeben.

Eine besonders großartige Stimmung war in Kavaja. Die 600 Plätze im Kulturpalast waren brechend voll. Begeistert verfolgten die albanischen Werktätigen die Pantomimen, Lieder und Tänze. Das Bild von Enver Hoxha, das die Genossen des AP-Trupps entrollten, rief einen Beifallssturm hervor. Nach der Vorstellung klatschten die Zuschauer fast eine halbe Stunde lang Beifall, riefen Parolen, die die Freundschaft zwischen dem deutschen und albanischen Volk hochleben ließen, ja, sie sprangen immer wieder von den Sitzen.

Die nächste Vorstellung der Albanien-Tournee fand im Staatsgut „8. November" bei Durres statt. Die Genossen des AP-Trupps wurden mit großer Herzlichkeit empfangen. Alle bekamen Blumensträuße. Parteisekretär und Jugendsekretär waren bei dem Empfang anwesend. Die Laienkunstgruppe des Staatsgutes gab den deutschen Genossen zur Begrüßung eine Vorstellung, von der alle sehr begeistert waren. Vor dem abendlichen Auftritt wanderten die Hamburger Genossen noch gemeinsam mit ihren albanischen Freunden unter Musikbegleitung auf einen Hügel in der Nähe des Kulturpalastes. Dort tanzten und sangen sie, bis ihr Auftritt rief. Auch hier im Staatsgut große Begeisterung unter den werktätigen Bauern. Immer wieder Hochrufe auf Enver Hoxha, auf die revolutionäre Freundschaft zwischen dem deutschen und albanischen Volk, auf die Freundschaft zwischen der Partei der Arbeit Albaniens und der KPD/ML.

Gerade jetzt, wo die chinesischen Revisionisten ihren feindseligen Akt gegen die Sozialistische Volksrepublik Albanien unternommen haben, sind die Auftritte der Genossen des Hamburger AP-Trupps in Albanien eine eindrucksvolle Bekräftigung dafür, daß die revolutionären deutschen Werktätigen eng zum sozialistischen Albanien stehen, daß sie diesen offen antimarxistischen und chauvinistischen Schritt der chinesischen Revisionisten aufs schärfste verurteilen.

Die Abschiedsveranstaltung ist in der Freilichtbühne in Tirana vorgesehen, die etwa 3.500 Sitzplätze faßt.

Der Agitproptrupp „Rotes Sprachrohr" wird insgesamt drei Wochen im sozialistischen Albanien bleiben und in verschiedenen Orten des Landes auftreten.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Karl Schiller: Alt-Nazi und Bonner Wirtschaftsminister

Volkskorrespondenz aus Celle

Im „Roten Morgen" Nr. 26 vom 30. 6. 78 habt ihr in einer Meldung auch über Nazi-Aktivitäten von SPD-Mitgliedern berichtet. Und in der Tat sollte die SPD das Maul nicht zu weit aufreißen, denn auch über ihre führenden Leute gibt es genügend Tatsachen aus der Nazi-Zeit, da braucht man nicht lange zu suchen.

Ein Beispiel dafür ist der Fall des ehemaligen langjährigen Wirtschaftsministers Karl Schiller, Zugpferd der SPD bei der Bundestagswahl 1969, Erfinder der Konzertierten Aktion und der Wirtschaftslenkung der „mündigen Gesellschaft". Es dürften nur wenige wissen, daß dieser Mann bei seinen Erfindungen sich nur an seine Erfahrungen bei den Nazis und deren „Volksgemeinschafts"-Ideologie erinnern brauchte. Seine ungebrochene Karriere verlief so:

„1933 tritt er als 22jähriger der SA und dem NS-Studentenbund bei, 1934 wird er Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes (Mitglieds-Nr. 82421);

am 1. Mai 1937 wird er Mitglied Nr. 4.663.250 der NSDAP, ein Jahr später politischer Leiter der NSDAP-Ortsgruppe ‚Klaus Groth" in Kiel und schließlich im Jahre 1939 Mitglied Nr. 4.981 im NS-Dozentenbund." Über seinen Austritt aus einer der Organisationen ist nichts bekannt. Wohl aber über seine wissenschaftliche Tätigkeit: Ganz „zufällig" ergeben sich seltsame Übereinstimmungen:

„1. Im Winter 1940/41 bereitet Deutschland den militärischen Überfall auf Griechenland vor, das im April 1941 besetzt wird. Karl Schiller hat in dieser Zeit folgende Studien vorgelegt: ‚Die griechische Ernährungswirtschaft' — ‚Griechische Seeschiffahrt und Seehäfen' — , Die griechische Eisen- und Stahlindustrie einschließlich der Kleineisenindustrie' — ‚Die griechische Mineralölwirtschaft'.

2. Die mit Deutschland verbündeten japanischen Streitkräfte hatten 1937 China angegriffen und dehnten im Dezember 1941 ihren Angriff auch auf die USA aus. Karl Schiller veröffentlichte im August und Oktober 1940: ‚Chinesisches Auslandskapital und chinesischer Einfluß [illegible] ostasien und im westlichen amerikanischen Küstengebiet' — ‚Japanisches Auslandskapital und japanischer Einfluß in Südostasien'.

3. Italien greift im September 1940 Nordafrika an, die deutschen Truppen führen diese Offensive seit Februar 1941 weiter. Schillers Studien vom November/Dezember 1940: ‚Die wirtschaftlichen Kräfte von Sao Tomé und Principé' und ‚Die wirtschaftlichen Kräfte Palästinas'.

Der Übergang von der Nazikarriere zur Nachkriegskarriere vollzieht sich für den Theoretiker der Staatsintervention, der Marktregulierung und der außenwirtschaftlichen Autarkiepolitik relativ reibungslos. 1946 wird er Gastprofessor in Kiel und Mitglied der SPD, 1947 Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Bizonenwirtschaftsrat und Ordinarius für Nationalökonomie an der Universität Hamburg, 1949 Wirtschaftssenator in Hamburg und Mitglied des Bundesrates" (zitiert aus Jörg Huffschmidt, Die Politik des Kapitals, Ffm 1969, Ed. Suhrkamp Nr. 313).

In Schillers Zeit als Wirtschaftsprofessor in Hamburg hatte er übrigens einen besonders eifrigen Schüler, der ihn selbst an Wirkung heute übertrifft: den damaligen Studenten Helmut Schmidt...

Sicherheit für unsere Kinder

Volkskorrespondenz aus Kassel

Durch Bauarbeiten für die Bundesgartenschau wurde in Kassel die verkehrsreiche Frankfurter Straße mitten durch ein Wohngebiet umgeleitet, das an einen großen Erholungspark grenzt. Um in diesen Park und auf den vielbesuchten Kinderspielplatz zu gelangen, müssen sich die Kinder durch die Blechlawinen der Umleitung schlängeln.

Da die Stadtverwaltung an eine Fußgängersicherung nicht gedacht hatte, schlossen sich die Bewohner zu einer Bürgerinitiative zusammen und sammelten sofort 80 Unterschriften. Sie forderten von den Verkehrsbehörden und dem Polizeipräsidium eine Fußgängerampel und eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h. Zum einen, weil die Lärmbelästigung immer unerträglicher wurde, zum anderen, weil die Eltern befürchteten, daß die Kinder beim Überqueren der Straße angefahren werden. Es wurde zwar an einer Straßenecke eine Fußgängerampel installiert, dies machte jedoch den Weg zum Kinderspielplatz nicht sicherer.



Im dichten Straßenverkehr besonders gefährdet: kleine Kinder

Als die Initiative dies bei den Behörden vortrug, wurde sie nur höhnisch ausgelacht und mit einer zynischen Bemerkung abgewiesen. Bürgermeister Hille meinte nur, daß sich zusätzliche Verkehrseinrichtungen bisher als noch nicht notwendig erwiesen hätten. Darüber waren die Anwohner zutiefst empört. Drei Tage später stand plötzlich in großen weißen Buchstaben auf der Straße zu lesen: *Schützt die Kinder! KPD/ML.* Am anderen Morgen wurde in diesem Stadtteil ein Flugblatt der KPD/ML gesteckt. Darin wurde das Verhalten der Behörden angeprangert. Um die Forderungen der Anwohner durchzusetzen, wurde anhand eines Frankfurter Beispiels eine Demonstration oder eine symbolische Straßensperre vorgeschlagen. Dieses Flugblatt wurde mit großem Interesse aufgenommen.

Wenige Tage später wurden Verkehrsschilder aufgestellt, die die Geschwindigkeit auf 40 km/h begrenzten. Zu einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h konnten sich die Herren wohl nicht durchringen!

An „Holocaust" arbeiteten Nazi-Mörder mit

Volkskorrespondenz eines USA-Besuchers

Rechtzeitig zum 30. Jahrestag der Gründung des zionistischen Staates Israel zeigte die amerikanische Bourgeoisie den mit ungeheuren propagandistischen Mitteln vorbereiteten Film „Holocaust". Dieser Film beinhaltet den Werdegang einer jüdischen Arztfamilie nach der Machtergreifung des Faschismus bis in die Gaskammern von Ausschwitz. Er verfolgt daneben den unaufhaltsamen Aufstieg eines zunächst arbeitslosen Rechtsanwalts zur rechten Hand Heydrichs, einer der Chefkreaturen des Vernichtungsprogramms von Juden und Antifaschisten.

Dieser Film, bereits von den deutschen Rundfunkanstalten angekauft, mit der Absicht, ihn auch hier zu zeigen, verfolgt den Zweck, für die zionistischen Ziele Israels zu werben. Während meines Besuchs in den USA konnte ich in vielen Gesprächen mit einfachen Leuten offene Ablehnung für die aggressive Politik der Zionisten registrieren. Offensichtlich sehen sich die amerikanischen Imperialisten im eigenen Volk zunehmender Kritik an der Unterstützung dieser Politik ausgesetzt, weswegen sie ein solch aufwendiges Projekt starteten.

Wie wenig es den Initiatoren tatsächlich um die geschichtliche Darstellung der Hintergründe dieses Massenmordes ging, zeigte sich darin, daß die Verfolgung von Kommunisten, Antifaschisten und anderen Menschen durch die Faschisten unerwähnt blieb. Ebenfalls unerwähnt blieb, welche hervorragende Rolle die Monopolbourgeosie bei der Machtergreifung des Hitler-Faschismus spielte. Dagegen wurde mit viel Aufwand der Film mit Liebesszenen vor der Kulisse der Massenvernichtungsanstalten durchsetzt.

Der Gipfel des Zynismus und eine Tatsache, mit der sich die Produzenten und ihre Auftraggeber entlarvten, ist die Tatsache, daß zur Herstellung des Films extra alte Nazis, die an der Massenvernichtung von Juden und anderen Menschen beteiligt waren, herangezogen wurden. Offizielle Begründung hierzu: Man wollte die Vernichtung der Juden möglichst „wirklichkeitsgetreu" darstellen. Dabei spielten „Probleme" wie die Plazierung dieses oder jenes Uniformknopfes bei einem SS-Schergen und wie die Massenerschießungen vorgenommen wurden, eine wichtige Rolle. Nachdem die Mitarbeit von Nazimördern an der Filmserie durch Zufall bekannt wurde, gestanden diese „Saubermänner" noch ein, daß diese Verbrecher für ihre Ratschläge sogar noch ein nicht unerhebliches Honorar bekamen. Das hat in der amerikanischen Öffentlichkeit eine ungeheure Empörung ausgelöst.

Genosse Enver Hoxha zum 35. Gründungstag der albanischen Volksarmee

Unsere Armee steht Wache für den Sozialismus

Anläßlich des 35. Jahrestags der Gründung der albanischen Volksarmee hielt Genosse Enver Hoxha, 1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens und Oberkommandierender der Streitkräfte der SVR Albanien, am 10. Juli eine Ansprache vor Schülern und Kadern der Militärschulen. Lesen Sie im folgenden Auszüge aus dieser Rede.

„Die Partei", sagte Genosse Enver Hoxha, „hat uns von den ersten Tagen der Befreiung an ununterbrochen gelehrt, daß wir beim Aufbau des neuen glücklichen Leben des Volkes, des Sozialismus, nie die Verteidigung des Volkes, die Verteidigung seiner mit Blut und Opfern errungenen Siege vergessen dürfen. Die Partei hat unsere Herzen und unser Bewußtsein mit der großen Idee erfüllt, daß der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft keinen Augenblick von der Festigung einer starken Volksarmee getrennt werden darf. Deshalb entwickelte sich bei uns parallel zum Prozeß des sozialistischen Aufbaus unsere Volksarmee, wurde aus einer anfänglich ganz kleinen Armee, die aus dem nationalen Befreiungskampf, dem Partisanenkrieg hervorgegangen war, eine fortgeschrittene, moderne, der Diktatur des Proletariats treue Armee, die eine siegreiche Militärwissenschaft und unsere Volkskriegskunst beherrscht. Die Partei gab unserer großen Volksarmee die Erziehung, die eine Armee neuen Typs, die eine zutiefst revolutionäre und volksverbundene Armee braucht. **Eine solche zutiefst revolutionäre und volksverbundene Armee, wie es unsere Armee ist, hat nichts mit einer Kasernenarmee, einer bürgerlichen konventionellen Armee, zu tun. Unsere Armee hat einen vollständig anderen Charakter. Sie ist eine Armee, die die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus verteidigt, nicht aber die Bourgeoisie und ihre Reichtümer. Unsere, von den revolutionären Ideen des Proletariats beseelte Armee verteidigt die Freiheit, die Unabhängigkeit und Souveränität des Volkes. Sie steht Wache für die wahre Demokratie unserer Werktätigen und nicht für die ‚Demokratie' einer Handvoll von Kapitalisten.**

Unsere Armee ist eine politische Armee, die mit der marxistisch-leninistischen Ideologie gewappnet ist. In ihr gilt das Prinzip, daß die proletarische Politik das Kommando führt, daß also der ideologisch-politische Faktor Vorrang gegenüber dem militärischen Faktor hat. Nur eine Politik, die auf einem klaren marxistisch-leninistischen Standpunkt beruht, von den tatsächlichen Gegebenheiten ausgeht und die Interessen der werktätigen Massen widerspiegelt, kann richtig sein und dem Volk und dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft dienen. Unsere Politik basiert auf der marxistisch-leninistischen Weltanschauung. Deshalb ist sie korrekt. Wir haben Erfolge erzielt, weil unsere Ideologie vom Volk grundlegend verstanden wird. Andernfalls könnte unser Land nicht zum Sozialismus schreiten, hätte Albanien sich schon längst in ein kapitalistisches Land verwandelt, stünde unser kleines Volk unter dem Stiefel des Imperialismus oder Revisionismus. Aus all diesen Gründen ist die Tatsache, daß das sozialistische Albanien fest und unerschütterlich steht, der Partei, ihrer korrekten Linie, der marxistisch-leninistischen Ideologie und dem heroischen albanischen Volk zu verdanken.

Der Marxismus-Leninismus", betonte Genosse Enver Hoxha, „ist die einzige revolutionäre Theorie, die den Weg zur Vorbereitung und erfolgreichen Durchführung der sozialistischen Revolution weist. Die sozialistische Revolution", fuhr er fort, „hat das Ziel, den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus herbeizuführen. Das Endziel der sozialistischen Revolution ist die Schaffung der klassenlosen Gesellschaft, in der die Klassenteilung der Gesellschaft aufgehoben ist und die heutigen Gegensätze zwischen Stadt und Land, zwischen der geistigen und körperlichen Arbeit usw. beseitigt sind.



SVR Albanien: Das ganze Volk ist unter Waffen

Wenn wir den Marxismus-Leninismus als Anleitung für die proletarische Revolution begreifen, dann haben wir die Lehre der Partei, daß der Marxismus-Leninismus kein Dogma ist, richtig verstanden. **Unsere Partei sagt, daß wir die große Theorie der proletarischen Revolution unseren konkreten Bedingungen anpassen müssen. Das dürfen wir nicht im rückschrittlichen Sinne als Leugnung der revolutionären Weltanschauung der Arbeiterklasse verstehen, und wir dürfen diese Bedingungen auch nicht gegen die proletarische Revolution anführen, wie es die modernen Revisionisten tun. Wir müssen es im fortschrittlichen Sinne verstehen, als treue und schöpferische Anwendung unserer Theorie auf konkretem Boden und unter konkreten Bedingungen.** Unsere Theorie lehrt uns, jeden Prozeß und jede gesellschaftliche Erscheinung vom Standpunkt des historischen Materialismus zu betrachten und darzustellen, im unversöhnlichen Kampf gegen die idealistischen Standpunkte, die nichts anderes sind als eine philosophische Maske für Dogmen der Religion und konservativer Mentalität."

Genosse Enver Hoxha sprach dann über die Entwicklung der Armee und sagte: „Wenn wir die Entwicklung unserer Armee, den Fortschritt und die Perfektionierung in jedem ihrer Zweige betrachten, dann stellen wir fest, daß sich viele Dinge geändert haben und daß es heute eine Kriegskunst des Volkes gibt. Diese Kriegskunst des Volkes gründet sich auf die Erfahrung in all den Jahren seit der Schaffung unserer Armee. Sie ist die Zusammenfassung dieser Erfahrungen und wird von unseren Militärangehörigen erfolgreich gelernt und angewandt. Wir müssen unsere Armee weiter umgestalten, sie täglich stärker machen und daran arbeiten, sie weiter zu verbessern und in völlige Übereinstimmung mit den vom Zentralkomitee der Partei festgelegten Richtlinien zu bringen.

Wir bilden uns militärisch aus, um das Vaterland, die Freiheit, die Unabhängigkeit, die sozialistischen Errungenschaften und unsere Partei zu verteidigen. Das ist das höchste Ziel der Armee. Wir müssen begreifen, daß wir all dies **gegen** jemanden verteidigen müssen, nämlich gegen die Feinde. Sie wünschen uns nichts Gutes und haben die Absicht, uns zu besetzen, zu versklaven, den Sozialismus und die Partei zu beseitigen. Betrachten wir das Problem von diesem Standpunkt aus, so ist klar, daß unsere Kriegskunst des Volkes, die Erziehung unserer Menschen in dieser Kunst und ihre ideologische und politische Erziehung kein Selbstzweck sind, sondern deshalb geschehen, damit wir unseren eventuellen Feinden erfolgreich entgegentreten können.

Die Existenz solcher Feinde ist keine bloße Annahme. Sie leben, sie sind lebendig, stehen bereit. Sie sind Aggressoren, sie können uns mit Waffen angreifen, Diversion gegen uns betreiben. Sie können auch versuchen, uns von innen her eroberungsreif zu machen. Im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs, im Falle eines Versuchs zur Diversion bzw. des Versuchs, uns von innen her eroberungsreif zu machen, ist es unsere Aufgabe, Widerstand zu leisten. Wie können wir gegen die Feinde Widerstand leisten? Mit den Mitteln, die ich schon genannt habe. Wir müssen politisch und ideologisch, aber auch militärisch ein hohes Niveau haben und stark sein. Wir müssen immer bereit und wachsam bleiben. Das ist das Ziel unserer Erziehung, und dabei halten wir uns den Feind vor Augen, den wir nicht unterschätzen dürfen. Denn er schläft nicht, er hat vielmehr feste Ziele und bereitet sich auf verschiedene Weise darauf vor, uns zu vernichten. Wir bereiten uns ebenfalls vor, aber mit einem völlig anderen Ziel, nämlich, um uns dann, wenn er angreift, gegen ihn zu verteidigen, ihn zu schlagen und zu besiegen.

Wir müssen uns auch bemühen, die Ziele der Feinde politisch zu verstehen. Dabei muß unsere Politik klug, schlagkräftig und entlarvend sein. Wir müssen begreifen, daß die Ideologie unserer Feinde versklavend, idealistisch und räuberisch ist. Deshalb müssen wir ihre idealistische und versklavende Ideologie mit unserer marxistisch-leninistischen Ideologie bekämpfen. Wir müssen ihr die Ideologie des Proletariats entgegenstellen. Als zweites gilt es, jedem bewaffneten Angriff der Feinde zu trotzen und sie im Kampf zu besiegen.

Für beides gilt, daß wir unseren Feinden überlegen sind, weil unsere Politik richtig ist, während ihre Politik falsch, ungerecht und aggressiv ist. Die Ideologie unserer Feinde ist historisch zum Scheitern verurteilt, unserer Ideologie dagegen gehört die Gegenwart und die Zukunft. Wir vertreten die proletarische Revolution, den Sozialismus, den Kommunismus, eine neue Gesellschaftsordnung. Unsere Feinde dagegen vertreten den Kapitalismus und den Imperialismus, eine alte, in Fäulnis begriffene Gesellschaftsordnung, die, wie uns die Klassiker lehren, die letzte Gesellschaftsordnung der Geschichte mit antagonistischen Klassen ist. Die Feinde sind dazu verurteilt, ausgerottet und im Kampf vernichtet zu werden. Trotzdem dürfen wir die Aufrüstung und die Armeen der Feinde weder unterschätzen noch überschätzen. Beide Fragen muß unsere Armee gut verstehen. Diese Einschätzung unserer Partei hat sich bei den Kriegen, die die Imperialisten und Kapitalisten gegen Völker und Länder geführt haben, um sie zu versklaven, bestätigt. Bekanntlich haben die Feinde bei ihren Kriegen die modernsten Waffen gegen die Völker eingesetzt. Es stimmt auch, daß die Völker dadurch beträchtliche Verluste erlitten haben. Doch angesichts der Schwierigkeiten, vor die sie gestellt waren, haben die Völker gelernt, Verteidigungs- und Gegenangriffsmöglichkeiten zu entwickeln, mit denen sie Angriffe der apolitischen Söldnertruppen der imperialistischen Aggressoren niederschlagen und den Sieg erringen konnten. Das gleiche wird auch geschehen, wenn sie unser Land angreifen sollten.

Die Verteidigung unseres Landes gegen feindliche Angriffe ist von sehr großer Bedeutung", sagte Genosse Enver Hoxha. „Bekanntlich kann ein feindlicher Aggressor nur siegen, wenn seine Soldaten das Land betreten. Der Feind wird daher alles unternehmen, um unser Land zu betreten. Unsere Strategie und Taktik dagegen ist zu verhindern, daß er das tut. Das heißt: Er muß vernichtet werden, bevor es ihm gelingt, in unser Land einzudringen, sei es an der Küste, in der Luft oder im Grenzgebiet."

Genosse Enver Hoxha ging dann auf die Aufgaben ein, die sich bei der weiteren Festigung der Verteidigung des Vaterlandes und der Volksarmee stellen. „Wir müssen sehr sorgfältig verfolgen, wie sich die Lage auf der Welt entwickelt. Wie uns die Partei täglich lehrte und lehrt, ist diese Lage revolutionär, und die Existenz des Imperialismus ist bedroht. Deshalb bereitet er sich zum Kampf vor. Die Revolution wird den Weltkapitalismus zerschlagen. Er wird sich mit allen Mitteln verteidigen, und seine letzten Mittel sind Kriege, erst Lokalkriege und dann der allgemeine Weltkrieg. Jeder Krieg bereitet einen anderen vor. Der eine schafft und vertieft die Widersprüche, die bestehen und in der Natur der Imperialisten und Kapitalisten liegen, während die Neuaufteilung der Welt alle bestehenden Widersprüche vertieft und verschärft, bis sie zum Weltkrieg führt."

Dann sprach Genosse Enver Hoxha über die heutige internationale Lage, über den Kampf der Partei der Arbeit und des albanischen Volkes gegen den amerikanischen Imperialismus, den Sozialimperialismus, den modernen Revisionismus und die Reaktion. „Die Haltung unserer Partei zu den gegenwärtigen internationalen Angelegenheiten sowie zu den Problemen des Kampfes gegen den US-Imperialismus, den sowjetischen Sozialimperialismus und den Weltkapitalismus waren und sind klar. Sie sind unerschütterlich. Deshalb ist es eine dringende, ständige, unbedingte und lebenswichtige Aufgabe für uns, diese Haltung zu verstärken. Und das werden wir auch tun. Denn wir haben eine starke marxistisch-leninistische Partei, in deren Reihen eine stählerne Einheit besteht. Wir haben ein starkes Volk, das in unerschütterlicher Einheit um die Partei zusammengeschlossen ist. Wir haben heute eine starke Wirtschaft, die es uns möglich macht, unsere Produktivkräfte weiterzuentwickeln und den Wohlstand des Volkes aus eigenen Kräften weiter zu heben. Wir haben eine heroische Volksarmee, die durch unsere ruhmreiche Partei in den Klassenschlachten erzogen und gestählt wurde."

Landesverteidigung im Sozialismus

Aus der albanischen Verfassung

In Artikel 88 der Verfassung der SVR Albanien heißt es: „Die Verteidigung des Vaterlandes und der Errungenschaften des Sozialismus wird vom bewaffneten Volk gesichert, das in den aus der Volksarmee, den Kräften des Innenministeriums und den freiwilligen Kräften der Volksselbstverteidigung organisiert ist.

Die Volksarmee, die Hauptkraft zur Verteidigung des Vaterlandes, ist eine Armee des Volkes und dient dem Volk.

Die Streitkräfte werden von der Partei der Arbeit Albaniens geführt."

In Artikel 90 heißt es: „Niemand wird das Recht zuerkannt, im Namen der Sozialistischen Volksrepublik Albanien die Kapitulation oder Besetzung des Landes zu unterzeichnen oder anzunehmen. Jeder derartige Akt ist Vaterlandsverrat."

In Artikel 91 heißt es: „Auf dem Territorium der Sozialistischen Volksrepublik Albanien ist die Stationierung ausländischer Militärstützpunkte und Truppen unzulässig."

Aus der albanischen Wirklichkeit

In Albanien ist das gesamte Volk bewaffnet, militärisch organisiert und ausgebildet. Im Rahmen der „Freien militärischen Schule" nehmen alle Albaner — Jugendliche, Männer und Frauen — 15 Tage im Jahr an militärischen Übungen teil. Diese „Freie militärische Schule" wird auf der Ebene der Betriebe, der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, der Schulen usw. organisiert. Deshalb ist es möglich, daß das albanische Volk im Falle eines bewaffneten Angriffs innerhalb von wenigen Stunden vollständig unter Waffen stehen kann.

* * *

Für die Volksarmee besteht eine Wehrpflicht, die in der Regel zwei Jahre beträgt. Es wird angestrebt, daß die Volksarmisten ihren Dienst möglichst in der Nähe ihres Wohnortes verrichten.

In der albanischen Volksarmee führt die proletarische Politik das Kommando. Das wird vor allem dadurch erreicht, daß in der Armee — wie etwa auch im Betrieb — Grundeinheiten und Komitees der Partei bestehen, die **konkret** auf die Arbeit der Armee Einfluß nehmen und sie kontrollieren. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, daß der Oberkommandierende der Streitkräfte und des Verteidigungsrates kein Militär ist, sondern der 1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei. Der Verteidigungsrat selbst wird im übrigen nicht von der Regierung ernannt, sondern vom Präsidium des Volksrates, des vom Volk gewählten höchsten Organs der Staatsmacht, bestimmt.

* * *

Hierarchismus, Bürokratismus und militärischer Technokratismus werden in der Volksarmee scharf bekämpft. Es gibt in der Armee keine Dienstgrade. Für militärische Kader gilt das gleiche wie für alle Kader. Ihr Lohn ist nicht höher als der der Werktätigen, sie arbeiten einen Monat im Jahr in der Produktion, sie sind den Werktätigen gegenüber rechenschaftspflichtig. Wie in der Wirtschaft, Landwirtschaft, staatlichen Verwaltung usw. übt das Volk auch in der Armee seine direkte Kontrolle aus. Kommissionen aus Arbeitern und Soldaten haben das Recht, an Ort und Stelle nachzuprüfen, ob die Armee die ihr von Partei und Staat gestellten Aufgaben erfüllt und — werden Mängel festgestellt — Maßnahmen zu ergreifen, die bis zur Absetzung von Kadern gehen können.

* * *

Albanien stützt sich bei der Landesverteidigung vollständig auf die eigenen Kräfte, auf die Volksarmee und das bewaffnete Volk. Es unterstützt weder den Warschauer Pakt (aus dem es 1968 austrat), noch die NATO, sondern bekämpft diese und alle anderen aggressiven Militärbündnisse der Imperialisten. Klarer Ausdruck dieser Politik ist die Tatsache, daß es auf albanischem Boden keine ausländischen Militärstützpunkte und Truppen gibt und geben darf. Völlig undenkbar ist es auch, daß imperialistische Militärs — seien sie aus den USA, der Sowjetunion, der Bundesrepublik usw. — albanischen Boden zu „Freundschaftsbesuchen" betreten, daß ihre Kriegsschiffe albanische Häfen anlaufen könnten usw. usf.

Frankreich: Aktionen der Werftarbeiter

Tausende von Arbeitern aus den Werften an der Mittelmeerküste führten Demonstrationen und Kundgebungen durch, um gegen den Abbau ihrer Arbeitsplätze zu protestieren. So sollen allein in der Stadt La Ciotat 1.334 Werftarbeiter entlassen werden, eine Vorstufe zur vollständigen Schließung des Werkes. Von La Ciotat aus organisierten die Werftarbeiter einen großen Autokorso, der bis nach Marseille ging, wo eine Großkundgebung durchgeführt wurde.

Italien: Wieder Streik der Hotelangestellten

Zum dritten Mal innerhalb weniger Wochen sind letzten Donnerstag die Beschäftigten von Hotels, Gaststätten und Reisebüros in den Streik getreten. Mit dieser Aktion wollen die ca. 700.000 Streikenden eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen durchsetzen.

Spanien: Spanische Truppen bei NATO-Manöver

Zum ersten Mal nehmen spanische Streitkräfte an einem NATO-Manöver teil. Es handelt sich dabei um die Übung „Mars 78", die gegenwärtig in Portugal über die Bühne geht. Neben den spanischen Fallschirmjägern und den etwa 10.000 portugiesischen Soldaten nehmen auch die westdeutsche und die US-Luftwaffe an dem Manöver teil. Ein Sprecher der spanischen Regierung teilte unterdessen mit, sein Land werde wahrscheinlich bereits im nächsten Jahr der NATO beitreten. Damit wären beide Staaten auf der iberischen Halbinsel Mitglieder des westlichen Kriegspaktes. Schon jetzt haben die amerikanischen Imperialisten vier Militärstützpunkte in Spanien.

Bolivien: Faschistischer Militärputsch

Teile der Streitkräfte haben in Bolivien geputscht und den faschistischen General Pereda zum Präsidenten erklärt. Der Hintergrund: Das bolivianische Militärregime hatte vor kurzem eine Wahlfarce veranstaltet, die angeblich den Übergang zu einer Zivilregierung bringen sollte. Präsidentschaftskandidat des Regimes war eben der General Pereda, ehemaliger Kommandeur der Luftwaffe. Bei der Wahl erhielt er laut amtlicher Mitteilung die absolute Mehrheit. Dieses Ergebnis hatte nur einen Schönheitsfehler: Es war dermaßen plump gefälscht worden, daß selbst das Wahlgericht „Unregelmäßigkeiten" zugeben und Neuwahlen anordnen mußte. Aber darauf wollten die Parteigänger Peredas nicht warten. Sie besetzten die öffentlichen Gebäude und erklärten den General zum Präsidenten.

Wie berichtet wird, haben sich an einigen Orten Bauern gegen den Putsch erhoben. Vor allem in den Yungastälern wurden von ihnen Barrikaden auf den Straßen errichtet.

Brasilien: Streikkämpfe weiten sich aus

Nach den Arbeitern in der Automobilindustrie von Sao Paulo sind jetzt auch Arbeiter der Textil-, der chemischen Industrie und aus anderen Branchen in den Streik getreten. Auf etwa 200 Betriebe haben sich die Kämpfe ausgedehnt. In den letzten Tagen haben sich auch Beschäftigte des Gesundheitswesens dem Ausstand angeschlossen. Die brasilianischen Werktätigen führen diese Kämpfe trotz Streikverbots und anderer Terrormaßnahmen des faschistischen Militärregimes.

Nicaragua: Generalstreik erklärt

Von gewaltsamen Auseinandersetzungen der Volksmassen mit den Truppen des faschistischen Regimes war auch die letzte Woche in Nicaragua gekennzeichnet. Mehrere Male eröffneten die Militärs und



Nach einem Überfall von Samoza-Soldaten auf Einwohner der Stadt Leon: Verwundete werden abtransportiert

Polizeitruppen das Feuer auf Massendemonstrationen. Eine große Zahl von Werktätigen wurde dabei ermordet. Unterdessen wurde ein Generalstreik im ganzen Land ausgerufen, um gegen die Verbrechen des Regimes zu protestieren.

USA/Philippinen: Umfangreiche Waffenlieferungen

Washington hat mit dem faschistischen Marcos-Regime der Philippinen ein Abkommen über die Lieferung von Kampfbombern des Typs S 8 H im Wert von 45 Millionen Dollars geschlossen. Die erste Lieferung ist schon Anfang Juli erfolgt. Darüber hinaus schickt Washington auch andere Waffen und Militärexperten für den Kampf des Regimes gegen das philippinische Volk.

Afrika: Konferenz der Organisation für afrikanische Einheit (OAU)

Die diesjährige Konferenz der OAU in der sudanesischen Hauptstadt Khartum stand im Zeichen der verstärkten Aggressionen der westlichen wie östlichen Imperialisten gegen afrikanische Länder. Die in Khartum vertretenen Regierungschefs konnten sich jedoch nicht auf eine gemeinsame Linie gegen diese Angriffe einigen. Während manche von ihnen forderten, daß keine ausländischen Truppen oder Militärstützpunkte in Afrika geduldet werden dürfen, verteidigten andere die Anwesenheit solcher Truppen (in einer Reihe von Ländern — vor allem in Angola und Äthiopien — sind starke kubanische Einheiten stationiert, die unter dem Kommando Moskaus stehen. In mehreren anderen Ländern — vor allem Tschad, Mauretanien und Djibuti — stehen französische Einheiten).

Die Auseinandersetzungen in Khartum spiegeln die Tatsache wider, daß die imperialistischen Staaten, vor allem die beiden Supermächte, ihre Herrschaft über einen Teil Afrikas errichtet und einige Länder zu ihren Neo-Kolonien gemacht haben.

USA
Protestmarsch der Indianer

Es war der längste Marsch in der Geschichte der nordamerikanischen Indianer. Von San Francisco führte er quer durch den Kontinent über 5.000 Kilometer nach Washington. Dort vereinigten sich in der letzten Woche die ungefähr tausend Teilnehmer des Marsches mit anderen Indianern, mit weißen und schwarzen Werktätigen zu machtvollen Protestkundgebungen.



Der Demonstrationszug der Indianer auf dem Weg zwischen Baltimore und Washington

Die Regierung des Menschenrechtsapostels Carter plant einen großangelegten Angriff auf die Indianer: Sämtliche Verträge, die im Laufe der Jahre mit den Angehörigen dieser unterdrückten Minderheit geschlossen wurden, sollen gekündigt werden. Das bedeutet vor allem: Die Reservate, in denen heute die Hälfte der ungefähr 900.000 Indianer lebt, würden aufgehoben, und alle Eigentumsrechte, die die Indianer an diesen Reservaten besitzen, mit einem Federstrich gelöscht.

Jahrzehntelang sind die Indianer aus den fruchtbaren Gebieten des Landes vertrieben, sind große Teile von ihnen systematisch ausgerottet worden. Die Reservate, zumeist in den dürren Gebieten des Westens gelegen, waren ihr letzter Zufluchtsort. Aber die Profitgier der Monopole hat sie auch dort eingeholt. Denn der Boden der Reservate ist schlecht, und nur mit Mühe können die indianischen Bauern dort ihre Felder bestellen. Aber unter der Erde — so wurde in den letzten Jahren festgestellt — lagern große Reichtümer: Kohle, Erdöl, Uran, Erdgas.

Und so gehen jetzt die Wallstreet-Monopole daran, den Indianern auf dem kalten Weg über Gesetze, die sie durchpeitschen lassen, ihr letztes Land zu rauben. Aber diese Herren haben auch noch andere Methoden. Es ist tatsächlich so, wie die Sprecher auf den Kundgebungen in Washington es sagten: Die Ausrottung der Indianer wird auf eine verstecktere Weise fortgesetzt. So sind in den Jahren 1971 bis 75 Zehntausende von Indianerfrauen von den Ärzten des sogenannten „Indianischen Gesundheitsamtes" gegen ihren Willen sterilisiert worden: Das sind 40 Prozent der Indianerinnen im gebärfähigen Alter.

So greifen die amerikanischen Monopolherren mit der Hilfe der Regierung zu Mitteln, wie man sie nur von Hitlers KZ-Ärzten kennt, um eine nationale Minderheit, die ihren Profitinteressen im Wege steht, buchstäblich aus dem Weg zu räumen. Aber die Indianer sind nicht bereit, sich kampflos in dieses Schicksal zu fügen, das ihnen die US-Bourgeoisie zugedacht hat. „Dies ist der Beginn eines massiven Kampfes", sagte der Alaska-Indianer Red Cloud bei der Kundgebung in Washington. Und in diesem Kampf haben die Indianer auch die Unterstützung der Werktätigen aus den anderen Nationalitäten.

USA
Verschärfte Unterdrückung der nationalen Minderheiten

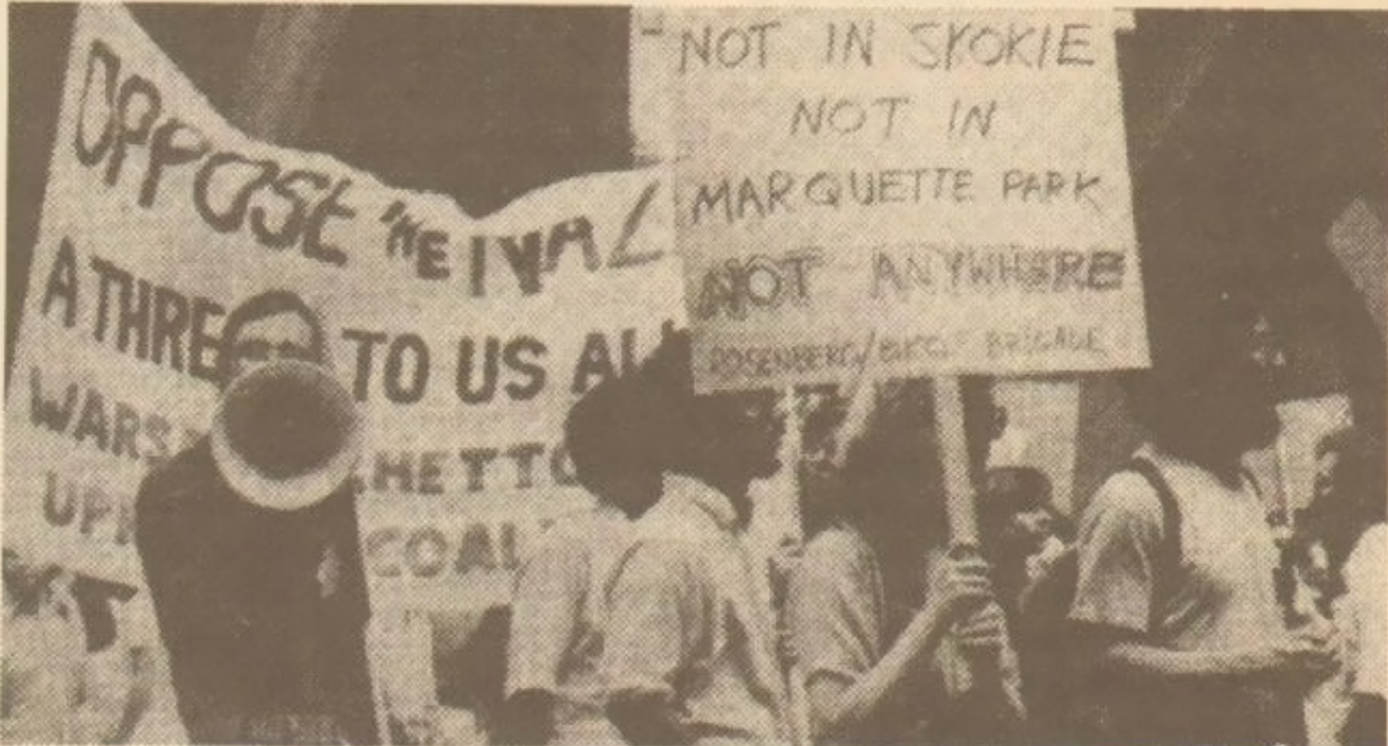
In den letzten Monaten verschärfte Washington die Unterdrückung der nationalen Minderheiten. Die zunehmende Entrechtung der Neger, Chicanos (US-Bürger lateinamerikanischer Herkunft), Indianer usw. trägt zum einen dazu bei, daß die Monopole über diese Minderheiten noch besser als Reservearmee billiger Arbeitskräfte verfügen können. Zum anderen belebt Washington gezielt den Rassismus, um angesichts des Aufschwungs der Klassenkämpfe — wie er sich etwa in dem großen Bergarbeiterstreik gezeigt hat — die Arbeiterklasse und die Werktätigen zu spalten.

• **Bakke-Urteil.** Ende Juni gab der Oberste Gerichtshof der Klage des weißen Ingenieurs Bakke statt. Er hatte sich in den Jahren 1973/74 vergeblich um einen Studienplatz an der Universität von Kalifornien bemüht. 16 farbige Studenten waren jedoch angenommen worden, obwohl ihr Notendurchschnitt unter denen von Bakke lag. Die Grundlage dafür war ein Programm der Regierung, nach dem an Ausbildungsstätten, in verschiedenen Berufen usw. ein — allerdings verschwindend kleiner —Teil der Plätze für Angehörige von Minderheiten reserviert werden mußte. Dieses Zugeständnis war eine Reaktion Washingtons auf die militanten Kämpfe, vor allem der Neger, in den 60er Jahren. Bakke klagte wegen Diskriminierung der Weißen und bekam Recht. Unterstützt wurde er übrigens von breiten Teilen des reaktionären Gewerkschaftsapparats. Das Ergebnis dieses Urteils: eine weitere drastische Verschlechterung in der Lage der Angehörigen von nationalen Minderheiten bei der Suche nach Arbeit und bei der Ausbildung.

• **Nazi-Partei.** Mit Förderung der Behörden hat sich in der letzten Zeit die US-Nazi-Partei wie ein Krebsgeschwür ausgebreitet. Diese faschistische Bande ist nicht nur ein terroristischer Stoßtrupp gegen die revolutionäre Bewegung, sie verbreitet auch das Gift des Rassismus und unternimmt blutige Terror-Feldzüge gegen schwarze und jüdische Werktätige.

• **Ku-Klux-Klan.** Das gleiche gilt auch für diese faschistische Organisation, die in der US-Geschichte eine lange, blutige Geschichte hat. Seit einiger Zeit ist diese Bande wieder offen hervorgetreten, brennen wieder ihre Kreuze in den Südstaaten. Die bewaffneten Kommandos des Klan gehen gemeinsam mit Polizeistreifen auf Patrouille, um Neger zu verhaften und zusammenzuschlagen, die sich gegen die Unterdrückung wehren.

Gegen die zunehmende Unterdrükkung der nationalen Minderheiten, die ein Teil der von der US-Bourgeoisie betriebenen Faschisierung ist, haben sich Werktätige aller Nationalitäten zusammengeschlossen. So demonstrierten etwa im April 35.000 Menschen in Washington gegen den Bakke-Prozeß. Vor allem in Chicago kam es in den letzten Wochen immer wieder zu militanten Kämpfen gegen das dreiste Auftreten der Nazi-Partei, bei denen die Polizei stets mit brutaler Gewalt gegen die Antifaschisten vorging. Und auch den Neger-Mördern des Ku-Klux-Klan sind in vielen Städten des Südens schwarze und weiße Werktätige gemeinsam entgegengetreten.



Chicago, Juni 1978: 5.000 Menschen verhindern eine Nazi-Demonstration

Nahost-Konferenz
Israel bereitet neue Aggressionen vor

Wieder einmal Nahost-„Friedensgespräche": In England trafen sich letzte Woche unter dem Vorsitz des US-Außenministers Vance der berüchtigte israelische Aggressions-Stratege Dayan und sein ägyptischer Amtskollege, Außenminister Kaamel. Und während die Herren im zur Festung ausgebauten Schloß Leeds ihre Konferenz durchführten, durchbrachen über den libanesischen Städten Beirut und Sidon wieder israelische Bomber die Schallmauer, tauchten israelische Kriegsschiffe vor den Küsten des Libanon auf.

Diese Ereignisse werfen ein bezeichnendes Licht auf den angeblichen Friedenswillen der israelischen Zionisten. Und der Aufmarsch ihres Militärapparats war nicht nur eine Drohung. In den letzten Wochen haben sich die Israelis wieder massiv in die Kämpfe im Libanon eingeschaltet. Mit Waffen und Ausbildern unterstützen sie die reaktionären Milizen, die sich seit Wochen schwere Kämpfe mit den syrischen Truppen, die im Libanon stehen, liefern. Gleichzeitig hat Tel Aviv an der syrischen Grenze seine Militäreinheiten massiv verstärkt. Die britische Zeitung „Guardian" sprach vor einiger Zeit schon von Plänen der Zionisten, neue aggressive Schläge gegen den Libanon und auch Syrien zu führen.

Vor diesem Hintergrund müssen die Gespräche in Leeds gesehen werden. Dort geht es nicht um den Frieden. Dayan hatte als israelischen „Friedensbeitrag" auch nichts anderes anzubieten, als die bekannte Versicherung, die Zionisten würden sich nie aus den von ihnen besetzten Gebieten zurückziehen. Und in dieser Haltung ist Tel Aviv stets von Washington unterstützt worden. Bei der Konferenz von Leeds ging es darum, Ägypten noch weiter aus der arabischen Front herauszubrechen, um so den arabischen Widerstand gegen die israelischen Aggressionen zu schwächen und freie Bahn für neue Angriffe Tel Avivs gegen die nördlichen Nachbarstaaten zu schaffen.

Aber wenn auch das Sadat-Regime immer weiter vor den israelischen Aggressoren und ihren amerikanischen Hintermännern kapituliert, die arabischen Völker werden im Kampf gegen die Feinde nicht nachlassen.

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Bandeira Vermelha
ORGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUÍDO)
Portugal

VANGUARDIA OBRERA SEMANAL
Spanien

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ
Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità
Italien

Lieber Leser des „Roten Morgen"

Abonnements für die abgebildeten Zeitungen und für andere Zeitungen der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über den Verlag Roter Morgen vermittelt werden. Wir bitten, insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitte an: Verlag Roter Morgen (Vertrieb), 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 u. 433692, Postfach 300526

Gestützt auf die eigenen Kräfte schreitet das albanische Volk sicher voran

Am 12. 7. 1978 sendete Radio Tirana einen Beitrag mit dem Titel „Gestützt auf die eigenen Kräfte durchbricht das albanische Volk nach wie vor die imperialistisch-revisionistische Blockade und Einkreisung", den wir im folgenden abdrucken. Er zeigt anschaulich, anhand der Entwicklung des sozialistischen Aufbaus in Albanien, warum ein wahrhaft sozialistisches Land durch wirtschaftlichen Druck nicht in die Knie gezwungen werden kann: weil es sich nämlich vor allem auf seine eigenen Kräfte stützt und so dafür sorgt, daß es von wirtschaftlicher Hilfe, die ihm gewährt wird, niemals abhängig wird. In der Sendung von Radio Tirana heißt es:

Vor 15 Jahren, am 10., 11. und 12. Juli des Jahres 1963, wurden einige Industrieobjekte wie das zweite Wasserkraftwerk am Mati „Friedrich Engels" und einige Fabriken in verschiedenen Bezirken des Landes fertiggestellt und in Betrieb genommen. Diese neuen Industriewerke wurden zu einem Zeitpunkt eingeweiht, als über unser Land die brutale chruschtschow-revisionistische Blockade verhängt wurde. Was zeigt die Chronik der Ereignisse?

Das Jahr 1963 war das dritte Jahr des 3. Fünfjahrplans. Nicht nur dieses Jahr, sondern die gesamte Periode des 3. Fünfjahrplans stellten das albanische Volk und die PAA auf eine der schwersten Bewährungsproben nach dem antifaschistischen nationalen Befreiungskampf. Partei und Volk mußten die Planaufgaben unter den schwierigen Bedingungen erfüllen, die die verräterische, revisionistische sowjetische Führung geschaffen hatte. Um den Aufbau des Sozialismus in Albanien zu sabotieren, annullierten die Chruschtschow-Revisionisten willkürlich alle Verträge über die Gewährung von Krediten und über wirtschaftliche, technische und militärische Hilfe. Außerdem zogen sie die Spezialisten zurück, traten jedes Abkommen, das sie mit der albanischen Regierung geschlossen hatten, mit Füßen und brachen die Handelsbeziehungen und die diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik Albanien ab. Aber die PAA und das albanische Volk bestanden diese Bewährungsprobe erfolgreich. Die Pläne der Revisionisten und Imperialisten scheiterten vollständig.

„Das sozialistische Albanien", sagte Genosse Enver Hoxha auf dem 5. Parteitag der PAA im November 1966, „schritt unter der weisen und weitblickenden Führung der Partei vorwärts. Dank des revolutionären Elans und des hohen Patriotismus der werktätigen Massen zerschlug es die Blockade, bekämpft die Revisionisten und Imperialisten Zahn um Zahn und besiegte sie wie immer, weil es keine Kraft in der Welt gibt, die den siegreichen Vormarsch unserer sozialistischen Revolution aufhalten kann."

Wenn man sich den 3. Fünfjahrplan ansieht, dann stellt man fest, daß er trotz der großen Hindernisse und zahlreichen Schwierigkeiten erfolgreich erfüllt wurde. 430 neue industrielle, landwirtschaftliche und sozio-kulturelle Objekte wurden fertiggestellt und in Betrieb genommen. Darunter so große Werke wie das Wasserkraftwerk „Friedrich Engels" am Mati und „Josef Stalin" an der Bistraca, Werke für Kupferschmelzung, -raffinierung und -verarbeitung, das Kupferdrahtwerk, das Werk für Eisenmetallurgie in Elbasan, das Traktorenersatzteilwerk in Tirana.



Das Traktorenersatzteilwerk von Tirana

Während des 3. Fünfjahrplans erhöhte sich das Nationaleinkommen im Vergleich zum 2. Fünfjahrplan um 44 Prozent. Das Lebensniveau der werktätigen Massen in Stadt und Land stieg. Albanien ging den Weg der sozialistischen Industrialisierung und erreichte in den folgenden Jahren ein Entwicklungstempo, das in entwickelten kapitalistischen Ländern unbekannt ist. Nach offiziellen Angaben für die Zeitspanne von 1965-1975 betrug die jährliche Zuwachsrate der Industrieproduktion in Albanien 10,8 Prozent, in der Sowjetunion 7,9 Prozent, in der DDR 6,4 Prozent, in Westdeutschland 3,4 Prozent, in Italien 4,2 Prozent, in Frankreich 5 Prozent usw. Das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion übertraf ebenfalls dasjenige der obenerwähnten Länder.

Albanien hielt stand und schritt vorwärts, weil die Partei und das Volk den Revisionisten nicht nur Widerstand leisteten, um sich gegen die Revisionisten passiv zu verteidigen. Vielmehr verteidigten sie sich im Namen der Interessen des internationalen Proletariats, des Marxismus-Leninismus, des albanischen Volkes und des revolutionären Fortschritts aktiv und offensiv.

Es war die seit der Gründung der PAA verfolgte Linie der Partei, die die unerschütterliche Grundlage dafür legte, daß Albanien, gestützt auf die eigenen Kräfte, unter den Bedingungen einer brutalen und beispiellosen allgemeinen Blockade, wie sie von den sowjetischen Revisionisten verhängt wurde, vorwärtsschreiten konnte und heute die konzentrierte Einkreisung der äußeren Feinde zerschlagen kann. Diese Linie wurde auf dem 5. Parteitag so ausgedrückt: „Unsere Partei hält stets an dem Prinzip fest, daß jedes sozialistische Land sich in erster Linie auf seine eigene Kräfte stützen muß, um eine entwickelte Wirtschaft mit einer starken Industrie und einer fortgeschrittenen Landwirtschaft aufzubauen. Diese Wirtschaft muß sich auf die eigenen Ressourcen und Naturschätze stützen und in der Lage sein, die Unabhängigkeit des Landes zu sichern und zu garantieren, daß es ununterbrochen auf dem sozialistischen Weg voranschreitet."

Dabei hatte und hat die Partei vor allem das große Vertrauen des Volkes in seine eigenen Kräfte, seine unerschöpflichen körperlichen und geistigen Energien vor Augen. Dieses Vertrauen ist eine glänzende Eigenschaft unseres Volkes. Sie bildete sich während der jahrhundertelangen Kämpfe unseres Volkes um Freiheit und Fortschritt heraus und wurde von der Partei auf eine höhere Stufe gehoben und in politisches Bewußtsein umgewandelt. Die Partei stützte sich auf das Volk, aus dem sie hervorgegangen ist. Sie erklärte ihm alles, erklärte ihm die Schwierigkeiten, die im Kampf mit den Chruschtschow-Revisionisten überwunden werden mußten und führte es mit revolutionärer Tapferkeit und marxistisch-leninistischer Weisheit. Der Kampf der Partei wurde zum Kampf des Volkes, das der einzige Schöpfer aller materiellen und geistigen Güter, die Grundlage von Fortschritt und Entwicklung ist.

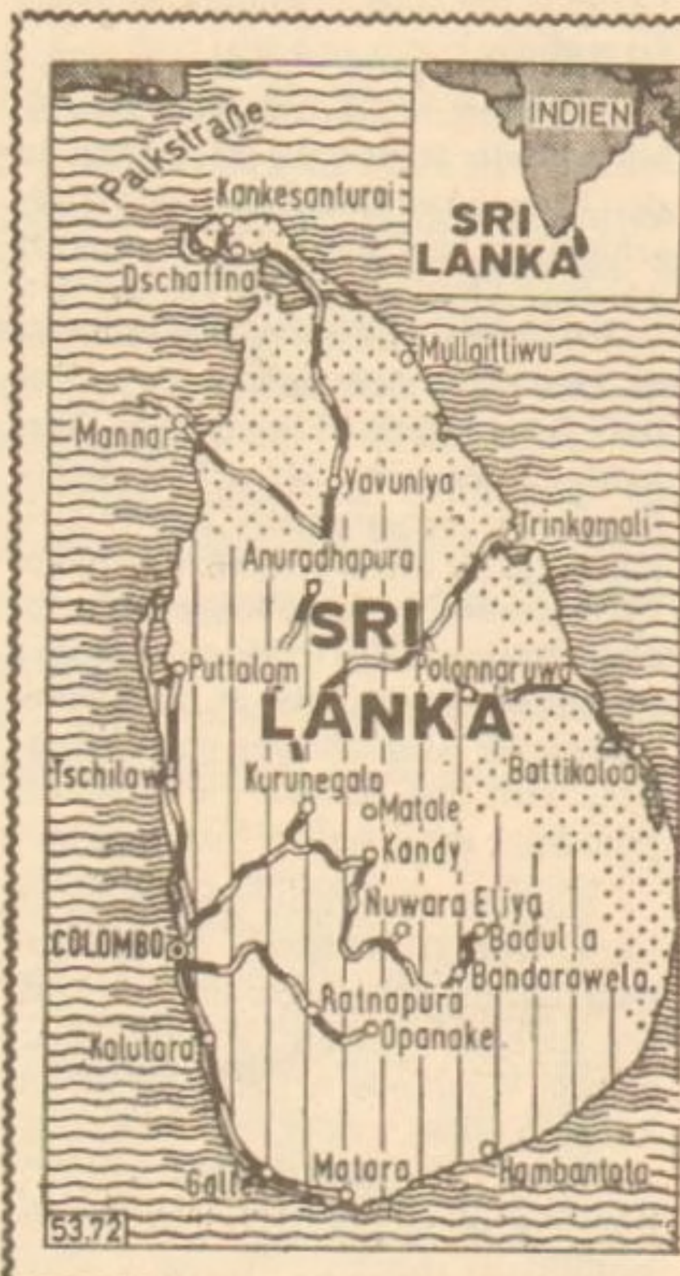
Die Blockade dauert an. Die imperialistisch-revisionistische Einkreisung wird stärker und brutaler. Doch das von der PAA geführte albanische Volk leistet heldenhaft Widerstand gegen sie. Jede Stunde, jeden Tag und jedes Jahr schlägt es Risse in diese Einkreisungsmauer. Es bekämpft und besiegt die Schwierigkeiten und beweist damit die Lebenskraft des großen revolutionären Prinzips, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen.

KP Ceylons verurteilt „Theorie der drei Welten"

Im Monat Mai dieses Jahres fand eine Sonderkonferenz der Kommunistischen Partei Ceylons statt. Die Konferenz diskutierte über die sogenannte „Theorie der drei Welten" und lehnte diese ab. Die albanische Zeitung „Zëri i Popullit" brachte Materialien dieser Konferenz. Darin heißt es unter anderem:

Die gefährliche und opportunistische „Theorie der drei Welten" fordert die Vereinigung aller Kräfte, die gegen den sowjetischen Sozialimperialismus vereinigt werden können, der als der Hauptfeind hingestellt wird. Sie fordert die Vereinigung der „dritten Welt" nicht nur mit der „zweiten Welt", sondern auch mit dem amerikanischen Imperialismus, um den sowjetischen Sozialimperialismus zu isolieren. Dieser Vorschlag wurde in letzter Zeit von einem Hauptsprecher der „Theorie der drei Welten" im Rahmen eines Interviews an die französische Presseagentur unterbreitet.

Diese Theorie stützt sich nicht auf eine klassenmäßige Analyse der Lage der Welt, sondern ist ein Zerrbild der Taktik, die Widersprüche zwischen unseren Feinden auszunützen. Daß wir die Widersprüche zwischen dem amerikanischen Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus ausnutzen müssen, das ist richtig. Das muß aber auf eine Weise geschehen, daß die Interessen der revolutionären und Befreiungsbewegungen auf der Welt nicht geschädigt werden. Sie kann nie zum Hauptelement der Außenpolitik der sozialistischen Länder werden, auch nicht zur Hauptstrategie der revolutionären Weltbewegung. Sie darf auch nicht zu einem Selbstzweck werden. In jedem bestimmten Moment ist es wichtig festzulegen, wer der Hauptfeind ist. Auf unserem 11. Parteitag wurde erklärt, daß heute sowohl der amerikanische Imperialismus als auch der sowjetische Sozialimperialismus die gemeinsamen Hauptfeinde der Menschheit sind. Sie sind gefährlich und zwei Feinde der Revolution und des Sozialismus. Es ist eine völlig falsche Taktik, sich auf den einen Imperialismus zu stützen, um den anderen zu bekämpfen oder von dem anderen gerettet zu werden.



Zur Information

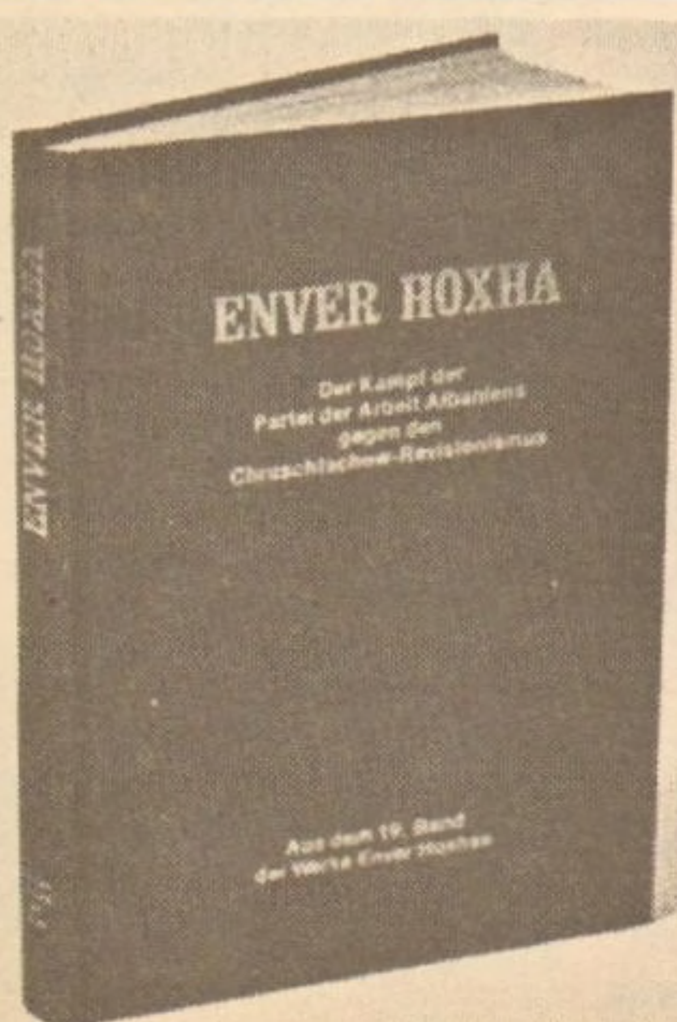
Ceylon — seit 1972 Republik Sri Lanka — war früher, ebenso wie das benachbarte Indien, eine britische Kolonie. Auch heute noch haben die britischen Imperialisten einen großen Teil der Reichtümer des Landes — zum Beispiel riesige Tee- und Kautschukplantagen — in der Hand.

Am 3. Juli 1943 wurde die Kommunistische Partei Ceylons gegründet. Im Jahre 1964 fand eine grundlegende Neuorganisierung der Partei statt. Das war notwendig geworden, weil ein Teil der Führerschaft dem modernen Revisionismus folgte und die KP Ceylons in eine bürgerliche Partei verwandeln wollte. Die konterrevolutionären Elemente wurden hinausgesäubert und die revolutionäre Einheit der Partei gefestigt.

Ebenso wurde auf der Konferenz betont, daß der Begriff von einer „dritten Welt" im allgemeinen als eine homogene Einheit eine falsche Theorie ist. In den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas existieren feindliche Klassen. Neben den wahren antiimperialistischen und revolutionären Kräften gibt es auch die reaktionären Kräfte, ja, sogar die Faschisten dieses Landes. Die Bildung einer Einheit all dieser Kräfte in einer Einheitsfront mit ihren imperialistischen Herren, die die „zweite Welt" darstellen, gegen die eine der Supermächte, ist eine Theorie der Klassenzusammenarbeit und entbehrt jeder Klassengrundlage.

Heute ist es die Aufgabe der Marxisten-Leninisten, die revolutionären Kräfte der Welt, das Weltproletariat, die unterdrückten Völker und ihre Verbündeten entschieden und ununterbrochen zu unterstützen, alle Widersprüche zwischen unseren Feinden auf eine Weise auszunützen, um den revolutionären Befreiungskräften beizustehen.

Die Konferenz widerlegte auch die Versuche, die sozialistischen Länder in die „dritte Welt" einzugliedern. Sollte auch das kleine Albanien als einziges sozialistisches Land bleiben, wird das sozialistische Lager weiter existieren, weil es die höchste Form der proletarischen Macht der Diktatur des Proletariats darstellt.



Enver Hoxha:

Der Kampf der Partei der Arbeit Albaniens gegen den Chruschtschow-Revisionismus

Dieser Band dokumentiert den heldenhaften Kampf der PAA in der Zeit von Juni bis Dezember 1960, einer für die gesamte kommunistische Weltbewegung schweren und komplizierten Situation, in der der Chruschtschow-Revisionismus seinen umfassenden konterrevolutionären Angriff unternahm, um sein Programm des völligen Verrats am Marxismus-Leninismus, den unvergänglichen Prinzipien der Revolution und des Sozialismus, auf dem Forum des Weltkommunismus durchzusetzen.

Die vorliegende deutsche Ausgabe umfaßt den Hauptteil des 19. Bandes — sämtliche Materialien — darunter bisher unveröffentlichte Reden, Berichte und Radiogramme — die diesen Kampf zum Inhalt haben.

356 Seiten, DM 12,00

Zu bestellen bei: Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 30 05 68

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Atommüllplatz Gorleben

„Die Atomanlagen entziehen uns Bauern die Existenzgrundlage"

Es geht um ein 1.200 Hektar großes Waldgebiet, gelegen in der hintersten Ecke des niedersächsischen Landkreises Lüchow-Dannenberg, nur wenige Kilometer entfernt von der Grenze zur DDR. Daß dieses Stück Land im Zonenrandgebiet in die Schlagzeilen und Nachrichtenspalten geriet, ist der DWK zu verdanken. Hinter diesem Kürzel verbirgt sich die „Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen" — ein Zusammenschluß der größten Stromerzeuger der Bundesrepublik.

Sie haben sich dieses Waldstück ausgesucht, um dort den Atommüll zu lagern, den die von ihnen betriebenen AKWs erzeugen. Schon 1980 soll hier bei Gorleben mit der Lagerung begonnen werden, und fünf Jahre später sollen dann schon 3.000 Tonnen abgebrannter AKW-Brennelemente in den Salzstöcken unter der Erde verschwunden sein. Aber die Rechnung, so wie sie die Herren der Energie-Monopole aufstellen, geht so glatt nicht auf. Denn die Menschen, die in diesem Gebiet wohnen, wollen nicht neben einem radioaktiven Müllplatz leben, von dem eine unüberschaubare Gefahr für ihre Existenz ausgeht. Bürgerinitiativen wurden gegründet, Protestdemonstrationen durchgeführt.

Die große Empörung der Bevölkerung drückte sich nicht nur in den vielen Proteststimmen bei der letzten Landtagswahl aus — bis zu 30 Prozent für die „Grünen" — sondern auch in folgender Tatsache: die DWK konnte bis jetzt von den 1.200 Hektar des besagten Waldgeländes noch nicht einmal die Hälfte erwerben. Denn trotz einer ausgeklügelten Kombination von Bestechung, Erpressungen, Drohungen und Schikane weigert sich ein beträchtlicher Teil der Eigentümer nach wie vor, an die AKW-Betreiber zu verkaufen.

Begonnen hatte es in diesem März: Die DWK machte den Eigentümern das Angebot, ihr Land für 4,10 DM pro Quadratmeter aufzukaufen (geschätzter Wert des Bodens: nur 45 Pfennig). Sie setzte ein Ultimatum für den Verkauf bis zum 2. Mai und streute gleichzeitig überall Hinweise aus, daß sie bei Nicht-Verkauf Enteignungsverfahren einleiten würde. Für die kleinen Eigentümer, zumeist Bauern, sah also die Sache so aus: Entweder verkaufen — oder zum Preis von 45 Pfennig zwangsenteignet zu werden. Aber diese massive Erpressung allein genügte den Herren von der DWK nicht. Sie heuerten eine Privatpolizei, die Wako (Wachkommando Nord) aus Stade an. Dieses Kommando rückte in den Landkreis ein und begann sofort eine systematische Schnüffelarbeit, um die aktiven Gegner der Atommüllanlage ausfindig zu machen. Da wurden etwa in den „Trebeler Bauernstuben" die Autonummern aller Gäste registriert, einzelne Häuser tagaus, tagein mit Feldstechern beobachtet. Da fuhren diese Privatbullen nachts sogar dreist auf Bauernhöfe und leuchteten das Gelände mit starken Handscheinwerfern ab.

Die Absicht war deutlich: mit allen Mitteln sollten die Menschen in der Umgebung von Gorleben eingeschüchtert und unter Druck gesetzt werden. Aber all das stärkte nur den Widerstand gegen die Atommüllanlage. Das zeigte sich auch in bezug auf das Grundstück. Ein zweites Verkaufs-Ultimatum der DWK-Bosse lief in der vergangenen Woche aus, ohne daß sie mehr als die Hälfte dieses Grundstücks in die Finger bekommen hätten. Der Bauer Klaucke sprach für viele, als er feststellte: „Wenn die Atomanlagen gebaut werden, wird uns Bauern die Existenzgrundlage entzogen."

Aber der Kampf ist noch nicht zu Ende. Die DWK-Bosse denken gar nicht daran, sich aufgrund ihrer Mißerfolge beim Landaufkauf zurückzuziehen. Vorstandschef Scheute sprach kürzlich schon wieder von der Enteignung als dem „allerletzten Mittel". Sonst ist ja für diese Herren das Eigentum der Inbegriff überhaupt ihrer „freiheitlich-demokratischen Grundordnung". Wenn aber ein paar Hektar Land, das Eigentum von kleinen Bauern, den Profitinteressen der Energiemonopole im Wege stehen, dann bemühen sie ihren Staat, um diesen Besitz zwangsweise zu enteignen.

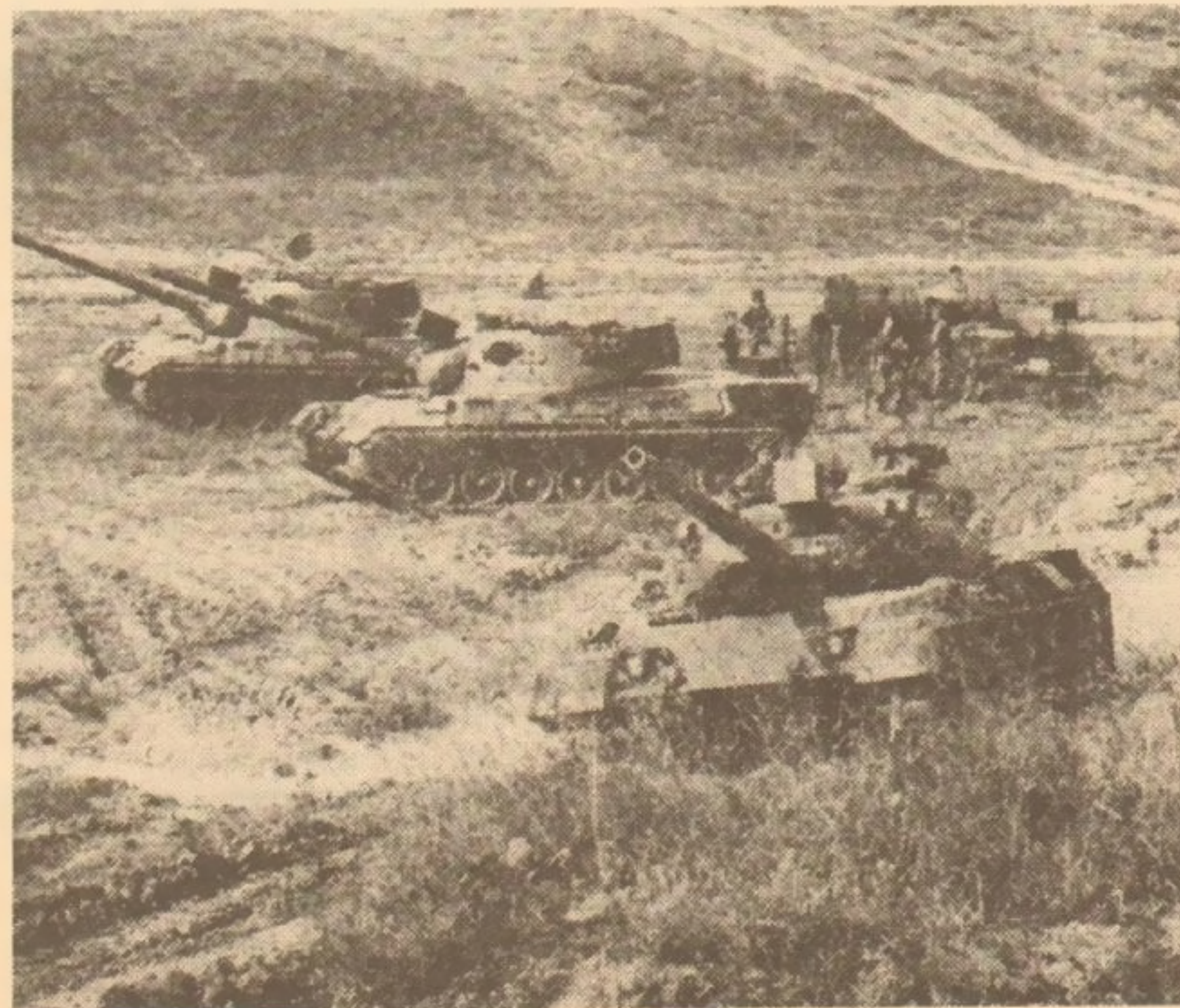
Und dieser Staat hat sich in jeder Hinsicht gerüstet, um den Monopolen den Weg für ihre Atomanlagen freizuräumen. So wurde im Haus der Lüneburger Bezirksregierung ein Polizei-„Lagezentrum Gorleben" eingerichtet. Seine Aufgabe: die Niederschlagung des breiten Widerstandes gegen den Atommüllplatz vorzubereiten. Journalisten, die dieses Zentrum besuchten, konnten an den Wänden Zettel sehen, die genaue Angaben enthielten über Standorte von Bürgerinitiativen, Termine von Versammlungen, Namen von aktiven AKW-Gegnern usw. Ministerpräsident Albrecht hat ja mehrmals gesagt, daß er in Gorleben einen noch härteren Widerstand als am AKW-Bauplatz Grohnde erwartet. Aber trotz „Lagezentrum", trotz Verstärkung der Polizeikräfte im Kreis Lüchow-Danneberg — das letzte Wort über den Atommüllplatz ist noch lange nicht gesprochen.

Ein Jahr nach „Reforger 77"

3.000 Bauern warten noch immer auf Entschädigung

Es wird nicht mehr lange dauern, dann rollen die NATO-Panzer für „Reforger 78", das alljährlich stattfindende Großmanöver des westlichen Kriegspakts, bei dem vor allem der Einsatz amerikanischer Truppen auf einem mitteleuropäischen Kriegsschauplatz geprobt wird. Auf den Bauernhöfen in Oberschwaben aber wird immer noch über „Reforger 77" gesprochen. Denn auch heute noch, fast ein ganzes Jahr nach dem Abschluß dieses Manövers, warten 3.000 Antragsteller darauf, daß sie eine Entschädigung für erlittene Manöverschäden bekommen. Ja, bei vielen von ihnen hat sich noch nicht einmal die Gutachterkommission sehen lassen.

Mit 12.000 Kettenfahrzeugen waren im vergangenen Jahr die amerikanischen Truppen und ihre Verbündeten im Einsatz. Rücksichtslos wickelten sie ihre Kriegsübung ab, walzten sie durch die Höfe, über Felder hinweg. Das Ergebnis — abgesehen von Todesopfern durch Verkehrsunfälle und Schäden an Straßen und anderen öffentlichen Einrichtungen —: zerstörte oder beschädigte Gebäude, Felder, die in Schlammwüsten verwandelt, Wege, die unpassierbar gemacht wurden, niedergewalzte Waldstücke und Vieh, das unter den Ketten der Panzer verendet war.



Zerstörungen durch Panzer

Das Amt für Verteidigungslasten gibt für all diese Zerstörungen eine — wie es heißt — „vorsichtige Schätzung" von 15 Millionen Mark. Tatsächlich jedoch dürften die Schäden noch wesentlich höher sein. Denn oft werden die Entschädigungen willkürlich festgelegt. Und legt ein Bauer Einspruch gegen die Schätzung des Amtes ein, dann kann er noch länger warten. Denn: „Einsprüche werden möglichst erst erledigt, wenn die anderen Fälle abgewickelt sind." Und das kann dann noch einige lange Monate dauern. Wobei natürlich noch nicht gesagt ist, daß den Einsprüchen auch stattgegeben wird.

Vor allem die kleinen Bauern aber, die am Rande des Ruins wirtschaften müssen, können nicht ein Jahr und länger auf die Entschädigung für die Manöverzerstörungen warten. Kein Wunder also, daß in Oberschwaben die Empörung über die Kriegsübungen und ihre Folgen anhält. Und diese Empörung ist so groß, daß sich die Herren im Bonner Kriegsministerium gezwungen sahen, ein für diesen Herbst in Oberschwaben geplantes neues Großmanöver abzusetzen und in ein anderes Gebiet zu verlegen.

AKW-Störfälle häufen sich

Radioaktives Strontium bei Schulkindern nachgewiesen

Der Zahnarzt Dr. Korff betreibt eine Praxis im bayrischen Eching, in unmittelbarer Nähe der beiden atomaren Forschungsreaktoren Garching und Neuherberg. Seit längerem beobachtete er, daß stets bei Südwind die radioaktiven Abfälle der Reaktoren verladen werden. Südwind, das bedeutet: Die radioaktive Wolke wird von den Meßstationen in München weggetrieben und kann von ihnen nicht registriert werden.

Der Arzt vermutete auch einen Zusammenhang zwischen solchen Giftwolken und den Zahnfleischerkrankungen, die bei den Kindern der Umgebung vermehrt auftraten. Eine Untersuchung von Kinderzähnen bestätigte ihm diese Vermutung: Sie enthielten radioaktives Strontium in einer Menge, die den dreifachen Normalwert erreicht. Dr. Korff stellte seine Untersuchungen auch den Behörden, darunter dem Landratsamt in Freising, zur Verfügung. Von Reaktionen ist nichts bekannt, außer von einer: der Arzt wurde zur Geheimhaltung verpflichtet.

Geheimhaltung — das ist nach wie vor die Linie, hinter der sich die AKW-Betreiber und die staatlichen Behörden verschanzen, angesichts der wachsenden Empörung über die tagtägliche Bedrohung durch die Atomkraftwerke. Die Nachrichten der letzten Zeit sind wahrhaft alarmierend. Nach dem Unfall in Brunsbüttel und ähnlichen Vorkommnissen in anderen AKWs steht seit der letzten Woche auch das größte Atomkraftwerk der Bundesrepublik völlig still. Nachdem schon im Juni wegen eines Störfalls der Block B von Biblis abgeschaltet werden mußte, ist jetzt auch der Block A dran. Genaue Ursachen werden — wie gehabt — nicht mitgeteilt.

In Bayern sind gegenwärtig sogar alle Atomkraftwerke abgeschaltet. Und was unternehmen die „Volksvertreter" im Landtag? Werden Kommissionen gebildet, die nach den wirklichen Ursachen der Störfälle forschen? Werden Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung getroffen? Nichts von alledem. Die Herren im Landtag haben sich vielmehr darauf geeinigt, Richtlinien zu erarbeiten, die ein noch lückenloseres Vertuschen solcher Unfälle sicherstellen sollen. Begründung: „...um zu vermeiden, daß die Öffentlichkeit durch Meldungen über tatsächlich belanglose Fälle beunruhigt wird."

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel. 0231/43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9.00-12.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 88, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 9.00-12.00 u. 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Hamborner Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Linkskurve", politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Dubarg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel.: 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 14.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4 65 39 66, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.